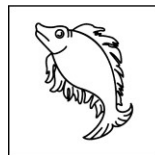


EINWOHNERRAT



Gemeinde
HORW

Gemeindehausplatz 1
Postfach
6048 Horw
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer
Telefon 041 349 12 51
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema Einwohnerratssitzung
Sitzungsdatum 30. Juni 2022, 14.30 – 18.00 Uhr
Sitzungsort Aula Schulhaus Zentrum
Vorsitz Stefan Maissen

PROTOKOLL NR. 409

Anwesend	27 Einwohnerratsmitglieder 5 Gemeinderatsmitglieder 1 Gemeindeschreiberin	Entschuldigt	- Beck Bertschmann Bettina, Die Mitte - Camenzind Leo, Die Mitte - Schemm Noel, L20, anwesend ab 15.00 Uhr - Schwegler Charlotte, L20 - Wyss Rita, L20, anwesend ab 15.00 Uhr
----------	---	--------------	---

Traktandenliste

- | | | |
|----|--|----------|
| 1. | Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtsdelegation | Seite 4 |
| 2. | Bericht und Antrag Nr. 1700 Investitionsprogramm 2023-2028 | Seite 5 |
| 3. | Bericht und Antrag Nr. 1699 Neubau Doppelkindergarten mit Kindertagesstätte Kirchfeld | Seite 15 |
| 4. | Fragestunde | Seite 25 |
| 5. | Dringliches Postulat Nr. 2022-749 von Ruth Strässle, FDP, und Mitunterzeichnenden: Camping in weitsichtige Planung einbeziehen | Seite 25 |
| 6. | Dringliches Postulat Nr. 2022-750 von Antonio Simoes, SVP, und Mitunterzeichnenden: Öffentlicher Abort (WC-Toilette), Bahnhof Horw | Seite 30 |
| 7. | Dringliches Postulat Nr. 2022-752 von Sofia Galbraith, L20, und Mitunterzeichnenden: Öffentlicher Seezugang Krämerstein - Bootssteg | Seite 31 |
| 8. | Dringliche Interpellation Nr. 2022-751 von Bettina Beck Bertschmann, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Schliessung Polizeiposten Horw | Seite 32 |
| 9. | Konstituierung des Rates für die Amtsperiode 2022/2023 <ul style="list-style-type: none">▪ Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrates▪ Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrates▪ Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretung▪ Wahl von zwei Stimmenzählerinnen oder -zählern des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretungen | Seite 33 |

Feststellungen

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend, wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

Mitteilungen

- Ich freue mich, dass so viele am Einwohnerratsausflug am Samstag teilnehmen. Wir werden am Vormittag mit dem E-Bike unterwegs sein, und ich empfehle sportlich legerere Kleidung, evtl. Sonnencreme und Sonnenhut.
- Heute finden ab 17.00 Uhr die Wahlen für die Konstituierung des Rates für das kommende Amtsjahr statt. Damit wir pünktlich anfangen können und die Sitzung nicht unnötig in die Länge ziehen, bitte ich Sie um kurze und prägnante Voten.

Repräsentationen

- 3. Juni 2022: Generalversammlung Quartierverein Ennethorw
- 10. Juni 2022: Generalversammlung Skiclub Horw
- 11. Juni 2022: Eröffnung «Horw bewegt»

Protokoll

Gegen das Protokoll Nr. 408 der Sitzung vom 19. Mai 2022 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Rechtskraft von Beschlüssen

Seit der letzten Sitzung sind folgende Beschlüsse in Rechtskraft erwachsen:

- Bericht und Antrag Nr. 1686 Reglement zur Förderung und Unterstützung der Vereine
- Bericht und Antrag Nr. 1694 Änderung Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof Horw

Neueingänge

- 19. Mai 2022: Postulat Nr. 2022-748 von Larissa Lehner, L20, und Mitunterzeichnenden: Öffentlicher Kühlschrank
- 3. Juni 2022: Dringliches Postulat Nr. 2022-749 von Ruth Strässle, FDP, und Mitunterzeichnenden: Camping in weitsichtige Planung einbeziehen
- 8. Juni 2022: Dringliches Postulat Nr. 2022-750 von Antonio Simoes, SVP, und Mitunterzeichnenden: Öffentlicher Abort (WC-Toilette), Bahnhof Horw
- 8. Juni 2022: Postulat Nr. 2022-751 von Antonio Simoes, SVP, und Mitunterzeichnenden: Aktualisierung Tempo-30-Regime auf der Kantonsstrasse ab Haus «Merkur»
- 27. Juni 2022: Dringliche Interpellation Nr. 2022-751 von Bettina Beck Bertschmann, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Schliessung Polizeiposten Horw
- 29. Juni 2022: Dringliches Postulat Nr. 2022-752 von Sofia Galbraith, L20, und Mitunterzeichnenden: Öffentlicher Seezugang Krämerstein - Bootsteg

Begründungen dringliche Vorstösse

Dringliches Postulat Nr. 2022-749 Camping in weitsichtige Planung einbeziehen

Das Postulat hat einen weitsichtigen Charakter und genau aus dem Grund müssen wir es heute überweisen. Wir müssen heute andenken, was weitsichtig ist, weil eine weitsichtige Planung in der Gegenwart stattfindet und somit heute.

Sprecher/in

Stefan Maissen (FDP)

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Das Postulat verlangt in der weiteren Planung, in Projektphasen den "verlorenen" Campingplatz wieder in die weitsichtige Planung des Areals miteinzubeziehen.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Zurzeit wird auf der Basis des Wettbewerbsergebnisses das Vorprojekt erarbeitet. Es ist davon auszugehen, dass die Postulantin einen künftigen Campingplatz in die weitere Bearbeitung einfließen lassen will. Wenn dem so ist, dann müsste die Erarbeitung des Vorprojektes umgehend gestoppt und die Ausgangslage neu geklärt werden. Nachdem im tatsächlich heute zur Verfügung stehenden Perimeter kein Campingplatz vorgesehen ist, muss davon ausgegangen werden, dass die Planung komplett neu aufgesetzt werden müsste. Aus diesem Grund ist das Postulat dringlich zu behandeln. Wir wehren uns nicht dagegen, dann hätten wir endlich einmal einen Entscheid zu der Frage des Campingplatzes.

Da die Dringlichkeit nicht bestritten wird, behandeln wir das Postulat als Traktandum 5.

Stefan Maissen (FDP)

Dringliches Postulat Nr. 2022-750 Öffentlicher Abort (WC-Toilette), Bahnhof Horw

Antonio Simoes (SVP)

Mit dem dringlichen Postulat soll auf ein menschliches Bedürfnis aufmerksam gemacht werden, das vor ca. drei Jahren vergessen wurde. Die Frage, warum das Postulat erst jetzt eingereicht wird, ist irrelevant. Man kann auch fragen, warum Sie selbst nicht früher auf die Idee gekommen sind. Ja, man muss eben mit der Bahn reisen.

Wir können unseren Steuerzahlenden nicht erzählen, dass sie ihr Geschäft zu Hause oder anderswo erledigen sollen, weil es beim Bahnhof kein WC gibt. Es ist ebenfalls eine Zumutung für das Lokal an der Bahnhofstrasse.

Es ist tatsächlich ein menschliches Bedürfnis, das Horw, auch als Provisorium, zu decken vermag, ohne Wenn und Aber.

Ich bedanke mich für die wohlwollende Behandlung des dringlichen Postulats.

Angesichts der anstehenden Sommermonate und weil die erste Einwohnerratssitzung, an der wir das behandeln könnten, erst wieder im September stattfindet, bestreiten wir die Dringlichkeit nicht.

Astrid David Müller (SVP)

Da die Dringlichkeit nicht bestritten wird, behandeln wir das Postulat als Traktandum 6.

Stefan Maissen (FDP)

Dringliche Interpellation Nr. 2022-751 von Bettina Beck Bertschmann, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Schliessung Polizeiposten Horw

Daniela Luthiger (Die Mitte)

Die Schliessung des Polizeipostens hat nicht nur irritiert, sondern wirft auch in der Bevölkerung Fragen zur Gewährleistung der Sicherheit sowie weiteren Leistungen auf. Deshalb halten wir die Interpellation für dringlich und es ist auch ungewiss, ob der Polizeiposten offen bleibt.

Die Dringlichkeit wird vom Gemeinderat nicht bestritten und ich würde die Interpellation heute mündlich beantworten.

Astrid David Müller (SVP)

Ist die Interpellantin bzw. ihre Stellvertreterin mit der mündlichen Beantwortung einverstanden?

Stefan Maissen (FDP)

Ja.

Daniela Luthiger (Die Mitte)

Die Interpellation wird je nachdem als Traktandum 7 oder 8 behandelt, wir kommen nämlich noch zu einem weiteren dringlichen Postulat.

Stefan Maissen (FDP)

Dringliches Postulat Nr. 2022-752 Öffentlicher Seezugang Krämerstein - Bootssteg

Wir haben an der letzten Einwohnerratssitzung gefragt und daraufhin einen Blickpunkt-Artikel gemacht. Die Bevölkerung hat sehr rege darauf reagiert, dass der Bootssteg wieder zugänglich gemacht werden soll. In Anbetracht dessen, dass der Sommer kurz ist und heute die letzte Einwohnerratssitzung vor der Sommerpause ist, ist das Postulat dringlich.

Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit nicht, auch angesichts dessen, dass die nächste Einwohnerratssitzung erst wieder im September stattfindet. Wir werden das Postulat dringlich prüfen, ob Massnahmen ergriffen werden, können wir hier aber nicht versprechen.

Die Dringlichkeit wird nicht bestritten, das Postulat wird somit als Traktandum 7 behandelt und die dringliche Interpellation Nr. 2022-752 als Traktandum 8.

Postulat Nr. 2022-739 Modernisierung Ökihof Horw, Traktandum 9

Mit dem Postulat habe ich sehr rege Diskussionen in der Bevölkerung von Horw und über die Gemeindegrenze hinaus angestossen. Ich bin sicher, nicht nur ich, auch andere Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sowie der Gemeinderat wurden auf eine mögliche Ausgliederung von teilweisen Abgabemöglichkeiten angesprochen. Im gleichen Zug wurden alle, der Einwohnerrat, der Gemeinderat und ich, zum wiederholten Male darauf aufmerksam gemacht, dass die heutigen Verkehrsprobleme beim Ökihof dringend gelöst werden müssen. Gestärkt mit den Rückmeldungen auf mein Postulat darf ich davon ausgehen, dass der Gemeinderat jetzt intensiv und auf gutem Weg in Zusammenarbeit mit REAL ist, bald eine umsetzbare neue Lösung präsentieren. Darum habe ich beschlossen, mein Postulat Nr. 2022-739 zurückzuziehen.

Aufgrund des Rückzugs des Postulats Nr. 2022-739 entfällt das Traktandum.

1. Ersatzwahl eines Mitglieds der Bürgerrechtsdelegation

In der Bürgerrechtsdelegation kommt es bei uns zu einer Rochade. Wir schlagen Antonio Simoes als neues Mitglied der Bürgerrechtsdelegation vor.

Bevor wir zur Wahl kommen, noch eine kleine Erinnerung: Gemäss Artikel 80, Abs. 2 darf bis zur Beendigung des Wahlaktes kein Ratsmitglied den Saal verlassen.

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	25
Eingegangene Stimmzettel	25
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	25
Absolutes Mehr	13

Gewählt ist Antonio Simoes mit 25 Stimmen.

Sofia Galbraith (L20)

Astrid David Müller
(SVP)

Stefan Maissen (FDP)

Antonio Simoes (SVP)

Stefan Maissen (FDP)

Reto Eberhard (SVP)

Stefan Maissen (FDP)

2. Bericht und Antrag Nr. 1700 Investitionsprogramm 2023-2028

Eintreten GPK

Lukas Bucher (L20)

Die GPK hat an ihrer letzten Sitzung das Investitionsprogramm 2023-2028 besprochen. Der Gemeinderat war mit Frau David Müller und Herrn Jung vertreten. Die Verwaltung mit Herrn Kopp, Leiter Immobilien und Sicherheit, und Herrn Hermann, Leiter Finanzen.

Das gute finanzielle Ergebnis 2021 erlaubt es der Gemeinde Horw, bei den Investitionen im Plan zu bleiben und weiterhin dort Geld einzusetzen, wo es der Bevölkerung und der Gemeinde am meisten nützt. Insbesondere die weiteren Schritte beim Schulhaus Allmend, beim klimafreundlichen Gebäudepark und im Seefeld können erfreulicherweise angegangen werden.

In der Sitzung wurden einige Fragen geklärt. Es wurde bemerkt, dass bei der Südallee, Abschnitt Technikumstrasse, keine Vorleistungen getätigt werden, ohne dass der Kanton solche zurückerstattet. Der Kanton bzw. die Investorin des Campus soll in dieses Strassenprojekt einbezogen werden.

Die Beträge zum Schulhaus Allmend für die Umsetzung der weiteren Etappen gemäss Testplanung: Abbau Palazzine, Bau Doppelturnhalle, Mehrzweckgebäude etc. sind eine Schätzung.

Zum Seefeld hat die GPK einen Antrag auf Bemerkung: «Da ein Baubeginn im Jahre 2023 unrealistisch ist, wird der Gemeinderat gebeten, die Investitionen der ersten beiden Etappen (2023 und 2024) im AFP um zwei Jahre nach hinten zu verschieben.»

Gemäss Gemeinderat ist es nach heutigem Stand unrealistisch, dass die genannten Beträge bereits ab dem Jahr 2023 investiert werden. Deshalb ist die GPK einstimmig der Meinung, die Budgetierung um zwei Jahre nach hinten zu verschieben.

Die GPK nimmt das Investitionsprogramm einstimmig zur Kenntnis und ist für Eintreten.

Eintreten BVK

Jürg Biese (FDP)

Das Investitionsprogramm 2023-2028 wird dem Rat als langfristige Finanzplanung für die nächsten sechs Jahre vor der Beratung des AFP zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Im heute vorliegenden Investitionsprogramm musste der Gemeinderat verschiedene neue Einflussfaktoren berücksichtigen. Diese sind von der BVK anlässlich der Beratung des B+As thematisiert worden.

Einerseits sind die starken Steuerzahlenden jetzt wirklich weggezogen, sodass in Zukunft mit geringeren Steuereinnahmen zu rechnen ist, selbst wenn wieder vereinzelte gute Steuerzahlende nachkommen sollten. Andererseits muss die Gemeinde Horw bis ins Jahr 2027 aufgrund vom Finanzausgleich tiefer in ihre Taschen greifen, bis sich dann die geringere Steuer- und Ressourcenkraft wieder im Finanzausgleich bemerkbar macht. Und schlussendlich musste der Gemeinderat nach der letzten Einwohnerratssitzung den Beschluss des Einwohnerrats in das vorliegende Investitionsprogramm einpflegen, dass der Gebäudepark der Gemeinde Horw so schnell wie möglich klimaneutral werden soll. Die Massnahmen zur Erreichung eines klimaneutralen Gebäudeparks sind im Anhang zum B+A auf den Seiten 15 und 16 grob aufgeführt.

Nebst den üblichen jährlichen Investitionen, die über einen Rahmenkredit veranschlagt werden, sind bis 2028 zusätzliche Investitionen ins Finanzvermögen von rund 2.5 Mio. Franken und rund 13 Mio. Franken ins Verwaltungsvermögen geplant. Man sieht im Anhang vom B+A auch, was für Investitionen bei welchen Gebäuden vorgesehen sind. Der vom Rat geforderte Zusatzbericht mit detaillierteren Angaben zu den Kosten und der Priorisierung der Investitionsmassnahmen ist bereits bestellt und soll Anfang 2023 vorliegen. Sollte sich durch den Bericht etwas an den vorgesehenen Investitionen ändern, würde dies im Investitionsprogramm berücksichtigt.

Die BVK hat bei ihrer Beratung des B+As noch interessiert, was der Hintergrund der jährlichen Effizienzsteigerung von 1 % vom Personal-, Sach- und Betriebsaufwand ist. Gemäss Gemeinderat Hans-Ruedi Jung sei das die Motivation für die Verwaltung, dranzubleiben und zu überlegen, wo noch Optimierungs- und Einsparpotenzial vorhanden ist. So sollen bei der Budgetierung copy and paste-Übungen aus dem Vorjahr ins neue Jahr vermieden werden.

Weiter ist der BVK aufgefallen, dass für die Umsetzung von Tempo 30 in jedem Jahr bis 2028 jeweils 20'000 Franken eingesetzt sind, obwohl die vom Gemeinderat bislang kommunizierten Etappen bald abgeschlossen sein sollten. Dieser relativ geringe Betrag dient zur Erstellung von Verkehrsgutachten, für Nachmessungen, die Überprüfung und allfällige Anpassungen von bestehenden Zonen.

Interessiert haben die BVK im Weiteren auch die geplanten Ausgaben im Jahr 2025 für die Sanierung der St. Niklausenstrasse von der Tannegg bis zum Mättiwilbach. Hier geht es darum, dass die Planung gestartet und ein Projekt aufgelegt werden soll, das ab ca. 2025 realisiert werden könnte.

In den Medien konnte man lesen, dass der Kanton die notwendigen Ressourcen für die Realisierung der ihm übertragenen Hochwasserschutzmassnahmen nicht hat. Unsererseits hat Horw bekannterweise das Projekt für die Dorfbachsanierung schon so weit vorangetrieben, dass der Kanton das Projekt übernehmen konnte.

Die BVK hat keine Anträge auf Bemerkung beschlossen, ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1700 und empfiehlt die Kenntnisnahme vom Investitionsprogramm 2023-2028.

Eintreten GSK

Nach einer Umfrage auf dem Zirkularweg war klar, dass der B+A keine Positionen in den folgenden GSK-relevanten Aufgabenbereichen beinhaltet:

- 121 Bildung
- 401 Gesundheitswesen
- 402 Familie plus/Jugend/Kind
- 403 Sozialhilfe und-beratung
- 404 Kultur

Für die einzigen Positionen, welche allenfalls in unseren Zuständigkeitsbereich gefallen wären (IT Schule), meldete niemand Diskussionsbedarf an.

Die GSK Sitzung vom 22. Juni 2022 wurde in der Folge einstimmig abgesagt. Die GSK ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme. Die GSK wird keine Anträge stellen.

Hans Stampfli (SVP)

Eintreten L20

Jonas Heeb (L20)

Ich nehme es gleich vorweg, die L20 ist mit dem Investitionsprogramm grundsätzlich einverstanden. Die meisten Ausführungen sind schlüssig und grösstenteils nachvollziehbar.

Wir sind sehr froh, dass notwendige Investitionen getätigt und nicht aufgeschoben werden, obwohl mit weniger guten Rechnungsergebnissen gerechnet werden muss und Inflation herrscht. Das haben wir in der Vergangenheit unter ähnlichen Prämissen schon anders erlebt und möchten das deshalb positiv hervorheben. Insbesondere begrüssen wir, dass man bereit ist, die nötigen Investitionen für den Klimaschutz, z. B. im Bereich des Gebäudeparks zu tätigen. Ebenfalls das Bekenntnis zum Beitrag Horws an der Unabhängigkeit von Energiequellen freut uns.

Irritiert sind wir über den Antrag der GPK. Haben wir aus der Verschiebung der Investitionen in die Sanierung des Schulhauses Allmend nicht gelernt? Das Seefeld wird ein wichtiges, wegweisendes Projekt für die Freiraumgestaltung an einem der wichtigsten öffentlichen Orte in der Gemeinde Horw. Da jetzt bereits die Investitionen zu verschieben, wäre ein falscher Ansatz. Verbauen wir uns die Planung und Umsetzung dieses Projektes nicht. Wir werden den Antrag ablehnen.

Diskutiert wurde ebenfalls die Passage auf Seite 3 unter dem Kapitel «Teuerung, Personal-, Betriebs- und Sachaufwand», nach der eine Effizienzsteigerung von 1 % verlangt wird. Diese Formulierung ist für uns irreführend und wirkt auf uns falsch. Vielmehr sollte von «Optimierungen» die Rede sein. Die Diskussion hat gezeigt, dass diese Passage nicht klar angibt, was genau erreicht werden soll. Wir werden in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.

Wie gesagt, sind wir ansonsten zufrieden. Das Investitionsprogramm zeigt klar und deutlich auf, dass eine Steuersenkung ausgeschlossen bleibt, was wir angesichts der wichtigen und unbedingt zu tätigen Investitionen begrüssen.

Die L20 ist für Eintreten und Kenntnisnahme.

Eintreten Die Mitte/GLP

Pius Barmet (GLP)

Der Investitionsplan zeigt in groben Zügen die anstehenden finanziellen Aufwendungen in Infrastruktur, öffentlichen Raum und Umwelt in der Gemeinde. Unseres Erachtens wird relativ gut gezeigt, welche inhaltlichen Investitionen zu tätigen sind. Schwieriger ist es, diese in Bezug auf die zeitliche Umsetzung richtig vorausszusehen. Verschiedene Unsicherheiten, auch externe nicht beeinflussbare Faktoren, erschweren dies leider. In den Jahren 2023-2028 ist eine Investitionssumme von 93 Mio. Franken vorgesehen bzw. wenn man den Zeitraum 2021-2028 betrachtet, plant man Investitionen von gut 120 Mio. Franken. Das sind 51 Mio. Franken mehr als wir letztes Jahr hier gesehen haben, als der Zeitraum 2021-2027 abgebildet wurde. Woher kommen die zusätzlichen Investitionen? Auch das ist dokumentiert. Die vier grössten Posten sind:

- SüdAllee 2026/27
- 3. und 4. Etappe Seefeld 2027/28
- Weiterentwicklung der Schulanlage Allmend ab 2025
- der klimafreundliche Gebäudepark über die ganze Periode.

Wir sind der Meinung, dass die Investitionen richtig und wichtig sind, gerade die zuletzt genannte, die 13 Mio. Franken in den klimafreundlichen Gebäudepark. Es ist wichtig, dass das in den Plan aufgenommen wurde. Es ist an der letzten Einwohnerratssitzung breit unterstützt worden und man hat im Einwohnerrat sogar zusätzlich auf das Tempo gedrückt.

Wir erachten die Investitionen als wichtig und richtig, auch wenn für die Gemeinde Horw aufgrund des kantonalen Finanzausgleiches mit defizitären Jahren zu rechnen ist. Dank der guten Eigenkapitalbasis kann man überzeugt und mit gutem Gewissen hinter dem Investitionsprogramm stehen.

Die Mitte/GLP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme des Investitionsprogramms 2023-2028.

Eintreten FDP

Die FDP hat positiv zur Kenntnis genommen, dass der Anhang zum Investitionsprogramm 2023-2028 bereits ansatzweise aufzeigt, wann welche Investition und in welchem Umfang realisiert werden soll. Der aufgrund eines Antrags auf Bemerkung der FDP erforderliche Zusatzbericht zur detaillierteren Darlegung, was welche Massnahme bringt und kostet, wird die Gemeinde auf ihrem Weg zu einem klimaneutralen Gebäudepark bezüglich Priorisierung und Kosten-/Nutzenverhältnis von den geplanten Massnahmen unterstützen und bestärken.

Der Zusatzbericht wird insbesondere auch zeigen, wie sich die vorgenannten nachhaltigen Massnahmen kostenmässig auswirken werden. Und das ist auch gut so, denn wenn man das Kapitel 4 im B+A studiert, so sieht man, dass von den vom Gemeinderat aufgezeigten Varianten mit unterschiedlichen Steuereinheiten nur diejenige vertretbar ist, die weiterhin von einem Steuerfuss von 1.45 ausgeht. Sowohl Nettoschuld, Eigenkapital im Verhältnis zum Verwaltungsvermögen, Cashflow aus Geschäftstätigkeit als auch der Investitionsanteil aus selbst erwirtschafteten Mitteln, erfüllen die gesetzlichen Vorgaben nur bei einem Fortbestand von einem Steuerfuss von 1.45 Einheiten.

Es mag also angesichts der Investitionen in einen umweltfreundlichen Gebäudepark – zu dem wie ja alle stehen und was wir alle erreichen wollen – gar nichts verleiden. Umso mehr erfordert diese Erkenntnis eine Kostenwahrheit und ein umsichtiges Vorgehen mit unseren Ressourcen, sodass der geforderte Zusatzbericht absolut sinnvoll ist.

Der FDP ist nicht nur die Nachhaltigkeit im Bereich Umwelt, sondern auch die Kontinuität eines gesunden Finanzhaushalts wichtig. Wir stehen dezidiert zu einer Priorisierung von Investitionen in einen klimaneutralen Gebäudepark vor einer Senkung vom Steuerfuss. Diese wäre zu kurz gedacht, nur zu unserem eigenen Vorteil und nicht für unsere nachfolgenden Generationen. In der heutigen Zeit müssen wir aber Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Deshalb ist die FDP für die zustimmende Kenntnisnahme vom Investitionsprogramm 2023-2028 mit entsprechender Finanzplanung und Umsetzung von Massnahmen Richtung Klimaneutralität.

Eintreten SVP

Der Gemeinderat legt uns im neuesten Investitionsprogramm zahlreiche und teilweise recht happige Investitionen in unserer Gemeinde vor. Es ist klar, so eine schöne und prosperierende Gemeinde hat immer etwas zu investieren und angesichts des Bevölkerungswachstums eher mehr als weniger.

Für die SVP-Fraktion ist es wichtig, dass die Investitionen dort getätigt werden, wo sie ganz gezielt und nachhaltig festgelegt werden können, sodass für die breite Horwer Bevölkerung ein Mehrwert geschaffen wird. Wir wünschen uns nach wie vor einen haushälterischen Umgang beim Ausgeben von Steuergeldern, besonders auch bei den umfangreichen, kostenintensiven Projekten, die bereits genannt wurden. Dabei ist durchaus auch eine Sanierung in Etappen oder eine moderate Verschiebung um zwei bis drei Kalenderjahre zu prüfen. Wir haben einzelne Punkte, die wir heute gerne zur Kenntnis nehmen, die aber noch zu diskutieren sein werden, dann aber hauptsächlich mit dem Aufgaben- und Finanzplan. Ich verweise auf Seite 3, wo der Gemeinderat einen

Jürg Biese (FDP)

Reto von Glutz (SVP)

Teuerungsausgleich von 2 %, das Doppelte als bisher, vorgesehen hat, was wir kritisch betrachten. Aber im Wissen, dass die Teuerung momentan häufig ändert und tendenzielle eher steigt, werden wir im Rahmen der Diskussion des AFP konkreter, dito zum Steuerfuss.

Es gilt, die Investitionen genau anzuschauen. Wir werden auch zu der Tempo 30-Zone und Investitionen, die uns verfrüht erscheinen, Anträge stellen bzw. diese weiterhin im Auge behalten. In der Detailberatung wird die SVP-Fraktion einen Antrag zu der sog. SüdAllee stellen, denn dort gilt es wirklich einmal, die Investitionen, Kostenzusicherungen und die Ausführungen der Bauherrschaft, des Kantons, abzuwarten.

Beim Antrag der GPK, die «Umsetzung Seefeld 1.+2. Etappe» um je zwei Jahre nach hinten zu verschieben, sind wir aus den gleichen Gründen zustimmend dafür.

Aus diesen Gründen ist die SVP-Fraktion für Kenntnisnahme des neuesten Investitionsprogramms mit der Finanzplanung 2023-2028.

Ich danke Ihnen für die Auseinandersetzung mit dem Investitionsprogramm und für Ihre Voten. Die verschiedenen Zielrichtungen Ihrer Voten zeigen, wo der Rahmen etwa abgesteckt werden könnte. Am Schluss ist es ja dann ein Aushandeln hier im Rat, wie weit man gehen oder eben nicht gehen möchte.

Hans-Ruedi Jung (Die Mitte)

Bericht und Antrag

2.4 Vorgaben Effizienzsteigerung

Wie von Herrn Heeb im Eintreten angekündigt, stellt die L20 zu diesem Punkt einen Antrag.

Philipp Peter (L20)

Es ist sehr löblich, dass sich der Verwaltungsapparat hinsichtlich seiner Effizienz jährlich überprüfen möchte. Unserer Meinung nach kann man das aber nicht mit einer Prozentvorgabe lösen. Ich gehe auch nicht davon aus, dass Sie beispielsweise den Lehrpersonen jährlich 19 Stunden Arbeitszeit kürzen, was 1 % entsprechen würde. Wie soll man sich das vorstellen? Sollen die einfach länger Pause machen oder ein wenig schneller unterrichten? Das ganze Thema beinhaltet einige Missverständnisse. Nach unserer Meinung liegt auch seit längerer Zeit ein Kommunikationsproblem vor, das haben wir auch schon erlebt hinsichtlich der Schule, wo das so kommuniziert wurde.

Worum geht es eigentlich? Es geht nicht um ein jährliches Tuning einer Maschine von 1 % Temposteigerung, bis sie dann irgendwann so heiss ist, dass sie brennt, sondern es geht im Kern um die Überprüfung von Prozessen im Rahmen eines standardmässigen Qualitätsmanagements. Bei der jährlichen Überprüfung von administrativen Prozessen und Personal-, Sach- und Betriebsaufwand kann ggf. eine Effizienzsteigerung resultieren, muss aber nicht. Darum der folgende Antrag auf Bemerkung: «Die Vorgabe der Effizienzsteigerung soll hinsichtlich seiner missverständlichen Breitenwirkung auf die verschiedenen Bereiche überdacht und überarbeitet werden und in der Kommunikation gegenüber der Arbeitnehmenden klarer und verständlicher kommuniziert werden.»

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Hans-Ruedi Jung (Die Mitte)

Sie haben vor zwei Jahren die Finanzstrategie 2026 beraten und darin wurde mehrfach auf die Effizienzsteigerung hingewiesen. Sie können das nachlesen auf Seite 26, Seite 37, Ziff. 6.7, Seite 38, Ziff. 6.8, Seite 39, Ziff. 7.2. Jedes Mal ist der Grundsatz der Effizienzsteigerung enthalten. Ab Seite 40 folgen die Szenarien, bei denen auch eine Effizienzsteigerung von 1 % eingerechnet und so kommuniziert wurde.

Sie haben im Rat von der Finanzstrategie Kenntnis genommen. Sie ist ein Bündel von Massnahmen und die Stossrichtung, mit der wir Ihnen aufgezeigt haben, in welche Richtung es gehen könnte und wie wir die Berechnungen der vier Szenarien «Basis», «Optimo», «Challenge» und «Stress» sehen. Auf der Basis dieser Vorgaben unterbreiten wir Ihnen das Investitionsprogramm und den AFP. In dem Moment, in dem Sie die Finanzstrategie zur Kenntnis genommen haben, kann ich mich nicht an einen ablehnenden Antrag erinnern, dass die Effizienzsteigerung nicht enthalten sein soll. Meine Damen und Herren, ob wir jetzt von Optimierungen sprechen oder von Effizienzsteigerungen, letztlich kommt das auf das Gleiche heraus.

Die Missverständnisse liegen nur in einem Bereich vor und das haben wir geklärt. Wenn der Absender eine Idee hat und diese formuliert und der Empfänger die Ohren zwar auf Empfang, aber nicht verstanden hat, was der Absender gesagt hat, dann ist ein Kommunikationsproblem vorhanden. Dieses Kommunikationsproblem sind wir angegangen und haben das schon vor dem Investitionsprogramm mit der betreffenden Person besprochen und sind der Meinung, dass diesbezüglich Klarheit herrscht.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, jetzt nicht in Einzelpunkten von der Finanzstrategie abzuweichen. Sie sehen im Investitionsprogramm und Sie sehen es dann auch wieder im AFP, dass wir auf der Schiene unterwegs sind und eigentlich relativ erfolgreich unterwegs sind. Es geht überhaupt nicht darum, irgendwelchen Leuten die Pausen zu kürzen oder irgendwelche Zeiten abzuschränken, sondern es geht darum, dass jedes Mal beim Budgetierungsprozess überlegt wird, ob man das Richtige macht und ob das Richtige richtig gemacht wird. Darum geht es bei der Effizienzsteigerung und das kann doch nicht falsch sein. Das kann nur missverstanden werden, wenn man nicht begriffen hat, um was es geht. Grundsätzlich kann das aber nicht falsch sein, das machen wir in unseren privaten Haushalten auch tagtäglich. Bitte lassen Sie das so wie es ist. Nehmen Sie die Finanzstrategie so, wie Sie sie damals zur Kenntnis genommen haben und brechen Sie jetzt nicht einzelne Teile heraus.

Vielen Dank für Ihre Ausführungen Herr Jung. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir der Finanzstrategie mit dem Antrag keinen Strich durch die Rechnung machen. Wir sagen, Sie sollen das überdenken und überlegen, ob die Formulierung wirklich korrekt ist, damit für die Zukunft gesichert ist, dass es nicht mehr zu solchen Missverständnissen kommt. Sie können dann selbst justieren, wie Sie das machen müssen, aber klar ist von uns aus gesehen, dass das Ganze überdacht und neu formuliert werden muss. Wir sagen Ihnen mit dem Antrag aber nicht, in welche Richtung es genau gehen muss. Wir sind da sehr offen und möchten Ihnen das mit auf den Weg geben, damit Sie das für den nächsten Investitionsplan überarbeiten können und es nicht mehr zu Missverständnissen kommt.

Noel Schemm (L20)

Ich bitte Sie auch, den Antrag abzulehnen. Wir haben uns früher immer daran gestört, dass der Sach-, Finanz- und Betriebsaufwand ständig zunimmt und diskutiert, wie und wo man streichen kann. Seitens Gemeinderat wurde gesagt, dass wir sagen sollen, wo das genau stattfinden soll und man hat nachher die Regelung mit dem einen Prozent gefunden, damit der Gemeinderat und die Verwaltung noch eine gewisse Freiheit haben, wo die Optimierungen realisiert werden können. Wir haben in den verschiedenen Jahresrechnungen festgestellt, dass wir die Effizienzsteigerung erreicht haben, dank dem Passus, den wir so formuliert haben. Darum bitte ich, daran festzuhalten, wie es in der Finanzstrategie und in den letzten Jahren formuliert wurde.

Jürg Biese (FDP)

Ich sehe nicht ganz genau, wieso Herr Jung den Antrag abweisen will. Eigentlich hat er ja das ausgeführt, was in dem Antrag steht, nämlich dass ein Kommunikationsproblem besteht und dass man das anders sagen muss. Er hat den Antrag schon erfüllt und könnte ihn in dem Sinn auch entgegennehmen.

Urs Steiger (L20)

Wir wehren uns überhaupt nicht dagegen, dass man optimiert und wir sehen auch, dass man noch Möglichkeiten hat, Sachen noch effizienter zu erledigen. Es ist aber eine Frage, woher das ganze Denken kommt. Eigentlich kommt das eine Prozent aus der Industrie, wo man mit der Technologisierung dauernd jährlich 1 % einsparen kann und jetzt wurde das auf einen Verwaltungsbetrieb übertragen, der ganz anders funktioniert und auch andere Betriebsmittel hat. Von daher stimmt die Denkweise nicht ganz und ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Herr Jung hat das sehr gut ausformuliert, sehr ausgewogen und sehr gut begründet. Auch Herr Biese hat noch einmal Revue passieren lassen, wie man in den vergangenen Jahren dazu gekommen ist und was der Grund ist, warum das so geschrieben wurde. Wir unterstützen ganz klar den Gemeinderat und finden das gut, wie es im B+A aufgezeigt ist, und lehnen den Antrag ab.

Reto Eberhard (SVP)

Das angesprochene Kommunikationsproblem hat bestanden. Das ist aber eine budgetverantwortliche Person gewesen, die ein Problem hatte, und im Rat eine gewisse Aufmerksamkeit erhalten hat. Alle anderen Budgetverantwortlichen haben es verstanden und konnten das umsetzen. Von daher muss ich mich schon fragen, wo das Problem ist. Ist es beim Absender oder ist es beim Empfänger? Wir sind aber zuversichtlich, dass es jetzt alle verstanden haben und dass es alle umsetzen werden. Dass es in den letzten Jahren gegangen ist, zeigt ja, dass es funktioniert. Wir müssen das gar nicht mit der Industrie vergleichen. Wir sind eine Verwaltung, selbstverständlich, aber auch in einer Verwaltung kann man immer noch besser werden.

Hans-Ruedi Jung (Die Mitte)

Abstimmung:

Antrag der L20: «Die Vorgabe der Effizienzsteigerung soll hinsichtlich seiner missverständlichen Breitenwirkung auf die verschiedenen Bereiche überdacht und überarbeitet werden und in der Kommunikation gegenüber der Arbeitnehmenden klarer und verständlicher kommuniziert werden.»

Stefan Maissen (FDP)

Der Antrag wird mit 9:17 Stimmen abgelehnt.

Anhang: Liste der Investitionen nach Aufgabenbereichen, Seite 6

Position 462059, SüdAllee, Bereich Technikumstrasse

Sie sehen unter der Position über die Zeitspanne von 2023-2027 millionenfache Beträge. Das ist nicht per se verwunderlich, weil es sich um einen grösseren und wichtigen Strassenabschnitt in der Gemeinde Horw handelt. Wie schon gesagt, ist aber der Kanton Luzern die Bauherrschaft und wir sind darum der Meinung, dass eine Verschiebung nötig ist, weil man ja weiss, dass

- a) Personalmangel herrscht,
- b) Rohstoffe und Baumaterialien und
- c) Volksabstimmungen dazwischen sind bis dann die Ausführung startet.

Reto von Glutz (SVP)

Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, dass die Investitionen von je 3 Mio. Franken für die «SüdAllee, Bereich Technikumstrasse» von den Jahren 2026 und 2027 um je zwei Jahre auf die Jahre 2028 und 2029 zu verschieben sind, was zur Folge hätte, dass es im Investitionsprogramm eine Lücke gibt. Andererseits sind wir uns alle bewusst, dass die Investitionen jährlich angepasst werden. Sollte sich in den nächsten Jahren zeigen, dass wir doch früher Bedarf an der hohen Summe haben, dann kann man es immer noch verschieben. Aber für die aktuelle, langfristige Planung ersuche ich Sie, dem Verschiebungsantrag zuzustimmen. Vorab haben wir in unserer Gemeinde noch andere grosse und für die Bevölkerung dringendere Investitionen.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, er basiert auf einer falschen Annahme. Es ist nicht so, dass der Kanton Luzern die SüdAllee bauen muss, er ist auch nicht Eigentümer des Strassengrundstücks. Auf der anderen Seite ist es aber sehr wichtig, dass wir den Abschnitt der SüdAllee, der entlang des neuen Campus führt, gut koordiniert mit dem Campuspark realisieren, weil das aneinanderstösst. Nur wenn wir das zeitgleich machen, haben wir auch die Möglichkeit, Synergien zu nutzen und nur dann können wir auch dafür besorgt sein, dass der Kanton allenfalls etwas mitfinanziert. Denn die Technikumstrasse benötigt er natürlich auch für seine Erschliessung, gleich wie den Brünigweg, und wenn man das einfach hinausschiebt, wird erstens die Frage sein, wann man die SüdAllee überhaupt in dem Abschnitt baut und die andere Frage wird sein, wer etwas daran zahlt.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Wenn man die Chance nutzen möchte, dann muss man das jetzt angehen. Wir haben auch 2023 schon Geld eingestellt, weil wir jetzt das Strassenkonzept so weit parat haben müssen, dass man es dann umsetzen kann, wenn der Campus realisiert wird.

Ich bitte Sie auch, den Antrag abzulehnen. Einerseits geht es darum, ein Signal zu setzen, dass man das jetzt angehen möchte und andererseits – wir haben das heute schon einmal gesagt – kann man auch Lehren aus der Geschichte mit dem Schulhaus Allmend ziehen. Es wird hinausgeschoben und plötzlich pressiert es dann. Man soll das angehen, wenn man kann, und man soll auch die entsprechenden Gelder zur Verfügung stellen. Bitte lehnen Sie den Antrag ab.

Urs Steiger (L20)

Der Antrag ist durchaus sinnvoll, weil wir wissen, dass der Campus sicher nicht 2026/27 umgesetzt wird. Zudem haben wir das Budget, wo wir das immer noch feinjustieren können, wenn früher Geld benötigt wird. Auch die Summe von über 6 Mio. Franken erstaunt, das ist ja wahnsinnig für den kleinen Strassenabschnitt. Wir mögen uns erinnern, vor Kurzem haben wir die Abrechnung über die Kastanienbaumstrasse erhalten, nicht einmal 3 Mio. Franken für einen vielleicht doppelt so langen Strassenabschnitt.

Urs Rölli (FDP)

Man soll das richtig abstimmen mit dem Kanton, das ist so, aber der Kanton wird das nie auf den Zeitpunkt schaffen. Jetzt besetzen und reservieren wir das Geld, wir haben aber eigentlich gesagt, dass wir beim Klimapark vorwärts machen wollen. Jetzt müssen wir Prioritäten setzen und das Investitionsprogramm ist für mich genau richtig und so anzuwenden. Nicht einfach ein wenig Glaskugel lesen; und das ist nicht die einzige Position, zu der man etwas sagen könnte, dass einfach etwas eingesetzt wird. Das soll seriös geplant und die Abstimmung mit dem Kanton aufgezeigt werden.

Von falschen Tatsachen kann hier keine Rede sein. Wir wissen beide, wer Grundeigentümer ist und natürlich will die Gemeinde Horw dann da bauen. Nur, der Kanton hat den Lead, der Kanton macht zuerst den grossen Gebäudepark, und eine Erschliessung für die Baustelle des Kantons Luzern ist durchaus vorhanden, nämlich die aktuelle Strasse. Es sollte lieber zuerst gebaut und die vorhandene Infrastruktur genutzt werden, als gleichzeitig noch die Strasse zu sanieren, auszubauen und dann fahren wieder die schweren Baumaschinen darüber oder es kommt noch ein Telekommunikationsunternehmen und macht neue Leitungen und die Strasse wird wieder beschädigt.

Reto von Glutz (SVP)

Ich hätte noch gerne von Herrn Gemeinderat Zemp gehört, wenn Sie das aufeinander abstimmen, haben wir dann Garantien vom Kanton, dass das Investitionsprogramm der Gemeinde Horw auch eingehalten werden kann? Sind wir sicher, dass der Kanton Luzern in den besagten Jahren investiert und die Gemeinde sozusagen nachziehen muss? Ansonsten macht es Sinn, einmal das Startkapital, das in den Jahren 2023-2025 belassen wird, für die sicher notwendigen Startinvestitionen zu verwenden und dann zu gegebener Zeit in Ruhe weiterschauen.

Im Übrigen kann ich meinen Vorredner voll und ganz unterstützen.

Erstens habe ich nicht gesagt, dass es sich um falsche Tatsachen handelt – das geht gar nicht –, sondern um falsche Annahmen. Zweitens habe ich gesagt, dass wir das Projekt mit der Realisierung vom Campus abstimmen. Wenn sich die Realisierung des Campus verschiebt, werden wir selbstverständlich auch die Strasse später erstellen. Drittens geht es hier um einen Planungsbericht, mit dem wir Ihnen anzeigen, was ungefähr wann ansteht. Der politische Prozess sieht vor, dass wir das im Aufgaben- und Finanzplan selbstverständlich wieder präzisieren und auf die realistische Planung abstimmen, wie wir sie zu dem Zeitpunkt sehen. Viertens werden wir im politischen Prozess bei Ihnen auch noch den Kredit abholen.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Sie können selbstverständlich eine politische Bemerkung überweisen, ich weise Sie einfach darauf hin, dass das, was Herr von Glutz sagt, nicht das Gleiche ist, was Herr Röllli sagt und Sie versuchen aber, das in einen Antrag zu packen. Herr von Glutz sagt: später realisieren, und Herr Röllli sagt, die Finanzmittel sollen realistisch geplant werden. Fünftens sind wir nicht in der Situation, dass wir wegen dem, was wir anzeigen, etwas anderes in der Priorität zurückstellen müssen, sondern es hat sich gezeigt, dass im Prinzip alles machbar ist. Dass sich Investitionen auf der Zeitachse in der Regel verschieben, das wissen wir aus der Vergangenheit auch zur Genüge.

Ich bitte Sie nach wie vor, den Antrag abzulehnen. Er hat erstens keine Wirkung und er macht auch keinen grossen Sinn.

Ihr letzter Satz ist sehr fragwürdig. Wieso haben wir denn überhaupt den B+A? Wenn wir im Rat keine Bemerkungen machen können und Sie sagen, dass das keine Wirkung hat, dann nehmen Sie uns nicht ernst. Dann können wir Sie, glaube ich, nicht ganz ernst nehmen, denn das ist wirklich nicht so sachlich, was Sie jetzt gesagt haben.

Urs Röllli (FDP)

Es geht darum, die finanziellen Mittel seriös zu planen und nicht darum, einfach noch etwas einzusetzen. Wenn wir das ja jetzt schon wissen, können Sie uns sagen, was der Kanton beim Campus genau plant und welche Bauten wann realisiert sein sollen. Zeigen Sie uns das doch kurz auf, wie der Plan vom Kanton Luzern aussieht und in welchen Jahren die Objekte realisiert werden.

Herr Röllli, ich sage es noch einmal. Es ist unsere Aufgabe, jedes Dokument, das wir Ihnen vorlegen, wieder zu aktualisieren und auf den Zeitplan abzustimmen. So werden wir Ihnen das im Aufgaben- und Finanzplan im November wieder aufzeigen, so wie es sich dann präsentiert, und das ist unabhängig davon, ob Sie unsere Bemerkung überweisen oder nicht. Das hat nichts mit «ernst nehmen oder nicht ernst nehmen» zu tun, sondern es ist unsere Aufgabe, das richtig aufzuzeigen. Anders ist es, wenn Sie dem Antrag von Herrn von Glutz zustimmen. Er sagt, die SüdAllee soll, wenn überhaupt, irgendwann realisiert werden, nachdem der Campus realisiert wurde. Das ist eine andere politische Aussage, dann können wir aufhören zu planen und dann warten wir ab.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Abstimmung:

Antrag der SVP: «Die Investition von je 3 Mio. Franken für die Süd-Allee, Bereich Technikumstrasse wird von den Jahren 2026/2027 um je zwei Jahre auf die Jahre 2028/2029 verschoben.»

Stefan Maissen (FDP)

Der Antrag wird mit 10:16 Stimmen abgelehnt.

Positionen Umsetzung Seefeld, 1. bis 4. Etappe, Seite 14

Es geht um die vier aufgezeigten Positionen, wovon die erste im Jahr 2023 anfangen soll. Wie bereits angekündigt, stellt die GPK folgenden Antrag auf Bemerkung: «Da ein Baubeginn im Jahre 2023 unrealistisch ist, wird der Gemeinderat gebeten, die Investitionen der ersten beiden Etappen (2023 und 2024) im AFP um zwei Jahre nach hinten zu verschieben.»

Lukas Bucher (L20)

Ich bitte den Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission, den Antrag zu präzisieren. Heisst das, wir fangen nicht vor 2025 an, auch wenn wir parat sind, oder heisst das, wir sollen realistisch budgetieren?

Thomas Zemp (Die Mitte)

Bei der Diskussion in der GPK ging es darum, realistisch zu budgetieren. 2023 ist in sechs Monaten und dass die 4 Mio. Franken nächstes Jahr anfallen, ist wirklich unrealistisch.

Lukas Bucher (L20)

Wir werden das im AFP natürlich wieder anpassen, aber wenn Sie jetzt einfach die 4 Mio. Franken verschieben, ohne etwas Weiteres, dann muss ich für nächstes Jahr nichts planen. Wir werden aber nächstes Jahr definitiv Geld benötigen, wenn das Projekt weiter vorangetrieben werden soll.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Mit der Gefahr, dass ich mich wiederhole: Es geht hier auch um ein Signal und es wäre ein ganz schlechtes Signal, wenn man die Investitionen im Seefeld hinausschieben würde. Man sollte dem Gemeinderat gegenüber auch klar sagen, dass man vorwärtsmachen und darangehen soll, damit man die Investition ausführen kann. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Urs Steiger (L20)

Der GPK geht es nicht darum, dem Gemeinderat das Geld von 4 Mio. Franken in einem Jahr ganz wegzunehmen. Ich bin nicht sicher, ob wir diskutiert haben, im ersten Jahr 1 Mio. Franken zu belassen, aber damit wir trotzdem noch einen Antrag auf Bemerkung stellen, formuliere ich den Antrag neu wie folgt: «Da ein Baubeginn im Jahre 2023 unrealistisch ist, wird der Gemeinderat gebeten, die Investitionen der ersten beiden Etappen (2023 und 2024) im AFP realistisch zu budgetieren.»

Lukas Bucher (L20)

Es geht auch hier wieder darum, die Gelder im Voraus richtig einzuplanen. Ich gehe davon aus, dass Sie den AFP bereits im Entwurf auf dem Tisch haben, und darin sieht es vermutlich schon anders aus. Wir haben extra einen B+A vorab gewünscht, damit wir die Investitionen im Voraus sehen, und dann möchten wir die Investitionen auch realistisch aufgezeigt bekommen.

Urs Röllli (FDP)

Wie gesagt, ich habe Erfahrung im Bahnbau mit noch grösseren Summen, aber diese für 2023 aufgezeigte Summe geht jetzt gar nicht. Das ist absolut nicht möglich und da erwarte ich von einem Fachgremium, von einem Bauamt, dass sie solche Zahlen wirklich besser einplanen.

Abstimmung:

Antrag der GPK: «Da ein Baubeginn im Jahre 2023 unrealistisch ist, wird der Gemeinderat gebeten, die Investitionen der ersten beiden Etappen (2023 und 2024) im AFP realistisch zu budgetieren.»

Stefan Maissen (FDP)

Dem Antrag wird mit 17:5 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung Beschluss:

Das Investitionsprogramm 2023 – 2028 mit Finanzplanung wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

3. Bericht und Antrag Nr. 1699 Neubau Doppelkindergarten mit Kindertagesstätte Kirchfeld

Eintreten GPK

Die GPK hat den B+A Nr. 1699 an ihrer Sitzung vom 21. Juni beraten und wurde dabei vom Gemeinderat und durch die Projektleiterin Hochbau über das Projekt und die Hintergründe informiert.

Die GPK hat das Projekt relativ breit beraten und verschiedene Themenkreise besprochen. Ein wichtiges Thema war der vorgesehene Minergie-Standard. Die GPK ist der Ansicht, dass der klassische Minergie-Standard nicht genügt, sondern dass der Minergie P-Standard oder noch besser, Minergie A-Standard zur Anwendung kommt. Dazu wurde uns versichert, dass bei öffentlichen Gebäuden gar keine tieferen Standards möglich seien, weshalb auf einen Antrag verzichtet wird. Die GPK hat weiter nachgefragt, ob denn ein Holzbau tatsächlich nicht lieferbar sei. Gemäss Aussagen seitens der Gemeinde, wäre das mit einem Zeitplan für den Sommer 2023 wirklich nicht möglich.

Ein weiteres Thema war der Standort im Kirchfeld. Hierzu gaben in erster Linie mögliche Elterntaxis zu reden. Im Hinblick auf den Kindergarten ist aber nicht davon auszugehen, dass es im Vergleich zu heute mehr solche Taxis geben wird. Es gibt schon heute Kinder, welche relativ weite Wege in den Neumatt- oder Hofmatt-Kindergarten gehen. Mit Sicherheit wird aber die Kita einige Fahrten generieren, abhängig davon, wie viele Plätze von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Kirchfeld AG und wie viele von Externen belegt werden.

Wichtig ist der GPK, dass die Kindergarten-Parzelle aus derjenigen der Kirchfeld AG herausgelöst wird. Im B+A ist dokumentiert, dass nach Abschluss der Bauarbeiten eine vernünftige Ausparzellierung vom Kindergartengrundstück geplant ist. Die GPK wünscht, dass das gemacht wird, aber da das bereits im B+A erwähnt ist, verzichten wir auf einen Antrag.

Das Vorhaben im Gesamtbild, auch mit der Investition von 3.25 Mio. Franken, ist in der GPK unbestritten. Die GPK ist für Eintreten und unterstützt den Neubau des Doppelkindergartens und den dazugehörigen Kredit.

Eintreten BVK

Die BVK hat den B+A kontrovers diskutiert. Es wurden verschiedene Fragen angesprochen. Von wo und wie kommen die Kinder zum Kindergarten und wie ist die Zufahrt zum Kirchfeld geregelt? Gemäss den Angaben von Rebecca Bauch ist ein Verkehrskonzept vom Kirchfeld in Bearbeitung.

Fragen zu generationenübergreifenden Aktivitäten konnten beantwortet werden. Ebenfalls sind Fragen zur Bauweise mit Schweizer Holz und der Verfügbarkeit aufgekommen. Laut Aussagen ist es im Moment schwierig, verbindliche Lieferzeiten zu garantieren. Bezüglich Minergie-Standard soll Standard P oder A ausgeführt werden. Ebenfalls ist bezüglich Viehtriebrecht und Durchfahrtsrecht geprüft worden. Gemäss Erklärung von Rebecca Bauch beträgt die Fläche der Kindertagesstätte rund 295 m² und für den Kindergarten rund 340 m².

Ein Antrag auf Rückweisung zugunsten einer Holzbauweise fand in der BVK keine Mehrheit.

Pius Barmet (GLP)

Reto Eberhard (SVP)

Die BVK ist für Eintreten und folgt mit einer knappen Mehrheit allen Anträgen des Gemeinderates und stimmt der vorgeschlagenen Finanzierung von rund 3.25 Mio. Franken zu. Dem B+A Nr. 1699 stimmt die BVK ebenfalls mit einer knappen Mehrheit zu.

Eintreten L20

Noel Schemm (L20)

Der uns vorliegende B+A hat in unserer Fraktion zu einer langen und ausführlichen Diskussion geführt. Das Resultat lässt sich in zwei Punkten zusammenfassen: Erstens: Wir begrüssen das innovative Projekt mit dem Doppelkindergarten und der Kita in Zusammenarbeit mit der Kirchfeld AG. Zweitens: Wir sind unzufrieden mit dem vorliegenden Bauprojekt.

Zu unserem ersten Punkt: Mit der vorliegenden Projektidee eines Doppelkindergartens und der Kindertagesstätte schafft die Gemeinde eine Ablösung für den alten Kindergartenpavillon im Hofmatt 2 und Neumatt, welche beide das Ende ihrer Lebensdauer erreicht haben. Es werden die nötigen neuen Räumlichkeiten für zwei Kindergärten und einer Kita geschaffen. Die Betriebsidee in Zusammenarbeit mit der Kirchfeld AG begrüßen wir sehr und glauben, dass eine rege Nachfrage für dieses Angebot besteht. Es freut uns, dass die Kindertagesstätte einen hohen Wert auf Flexibilität und lange Öffnungszeiten legt und ihr Angebot somit sehr attraktiv macht. Ausserdem begrüßen wir, dass generationenübergreifende Aktivitäten zwischen der Kita, dem Doppelkindergarten und den Bewohnenden des Kirchfelds angedacht sind. Für Kinder kann der Besuch einer Kita durch bereits frühen Kontakt mit anderen Kindern und der Betreuung durch kompetente, qualifizierte Personen eine positive Auswirkung auf ihre Entwicklung haben. Auch für Eltern ist das Angebot einer Kita sehr wichtig, da heutzutage oftmals beide Elternteile arbeitstätig sein müssen oder wollen und nicht immer private unterstützende Netzwerke vorhanden sind, welche Betreuungsaufgaben leisten.

Nun zu Punkt zwei: Wie bereits erwähnt, sind wir unzufrieden mit dem uns vorliegenden Bauprojekt. Da die Kirchfeld AG im Sommer 2023 mit dem Neu- und Umbau des Kirchfelds startet, soll der Doppelkindergarten bis dahin fertiggestellt sein. Laut Angaben der Gemeinde ist es nicht möglich, diese zwei Baustellen gleichzeitig nebeneinander durchzuführen, und da die alten Kindergärten ihre Lebensdauer erreicht haben, müssten energietechnische Sanierungen getätigt werden. Wir haben Verständnis, dass es eine Herausforderung wäre, diese zwei Baustellen gleichzeitig durchzuführen, jedoch sehen wir das nicht als Ding der Unmöglichkeit. Gleichzeitig würden wir es als vorteilhaft empfinden, wenn die Kinder ihre Kindergartenzeit nicht eingeschränkt neben einer Grossbaustelle verbringen müssen. Wir fragen uns, ob während der Bauzeit genügend sicherer Aussenraum für die Kinder vorhanden ist. Diesbezüglich fehlen uns die Überlegungen im B+A und es macht den Anschein, dass den Interessen der Kinder zuhänden des Einhaltens vom Zeitplan der Kirchfeld AG nicht Rechnung getragen wird. Ein weiteres Thema, zu dem uns Aussagen im B+A fehlen, ist die Mobilität. Zum einen fehlen Aussagen, wie die Mobilität während der Bauzeit vom Neu-/Umbau der Kirchfeld AG vonstatengeht und zum anderen, in welchem Masse das Verkehrsaufkommen im zukünftigen Regelbetrieb erwartet wird. An den Kommissionssitzungen wurden wir darauf hingewiesen, dass das gesamte Thema der Mobilität in den Aufgabenbereich der Kirchfeld AG fällt. Jedoch ist das geplante Mobilitätskonzept leider noch nicht erstellt. Wir können uns daher kein Bild machen, was wir zu erwarten haben. Die Kirchfeld AG erwartet hingegen, dass wir dieses Bauprojekt schnellstmöglich genehmigen und fertigstellen, damit sie als Arbeitgeberin attraktiver wird und während ihrer Bauzeit keine «Nachbarbaustelle» hat. Gleichwohl ist sie aber nicht ready, uns ein Mobilitätskonzept vorzulegen, was für uns zur Schaffung eines Gesamtbildes der Situation nötig ist. Auch die Baustelle der Gemeinde, welche vor dem Neu-/Umbau des Kirchfelds gemacht wird, bringt Herausforderungen und sicherheitstechnische Fragen mit sich, da die Baustellenzufahrt beispielsweise zwangsläufig über den heutigen verkehrsfreien Teil des Kirchfeldvorplatzes führt. Aus dem und weiteren Gründen werden wir unter Punkt 5.1 «Baubeschrieb

Generelles» einen Antrag formulieren, der verlangt, dass auch die Gemeinde für die Bauzeit des Doppelkindergarten mit Kita ein Verkehrs- und Sicherheitskonzept erstellt.

Weiter zum Baukörper selbst: Unter Punkt 5.2 werden die Absichten der Gemeinde erläutert, dass sie den Doppelkindergarten mit Kita als Holzbau realisieren möchten, dies jedoch aufgrund von beschränkter Verfügbarkeit von Schweizer Holz und hoher Auslastung bei den Holzbauunternehmungen im geplanten Zeitrahmen nicht möglich ist. Aus diesem Grund hat man sich entschieden, auf eine konventionelle Bauweise umzustellen. Diesen Entscheid können wir als L20 nicht mittragen. Vor einem Monat haben wir hier im Einwohnerrat beschlossen, dass der Gemeindehauspark bis 2042 um 90 % der CO₂-Emissionen reduziert wird und die Gemeinde ihre Vorbildfunktion als öffentliche Auftraggeberin wahrnehmen muss. So können wir nicht gutheissen, dass jetzt bereits das erste Projekt nach diesem Beschluss im Rat als ein mit Holzlatten verzierter Betonkubus realisiert werden soll. Wir haben die vergangenen Wochen genutzt und zu der Frage der Verfügbarkeit von Schweizer Holz und Auslastung der Holzbauunternehmungen Recherchen betrieben. Führende Holzbauunternehmungen und der Branchenverband «Holzbau Schweiz» konnten uns Auskunft geben, dass sich die Knappheit und Überlastung mittlerweile entspannt hat. Ab 2023 sind Holz sowie Kapazitäten bei den Holzbauunternehmen wieder verfügbar. Aus diesem Grund werden wir unter Punkt 5.2 den Antrag stellen, dass das gesamte Projekt im Holzbau auszuführen ist. Dabei nehmen wir zur Kenntnis, dass es möglicherweise zu Kostenänderungen und Verzögerungen im Zeitplan kommen kann. Unter Punkt 5.3 wird die Thematik «Minergie und nachhaltiges Bauen» behandelt. Für uns bleibt dazu zu erwähnen, dass wir es als Selbstverständlichkeit sehen, dass die Gemeinde als öffentliche Auftraggeberin ihre Vorbildfunktion wahrnimmt und dieses Gebäude nach den höchsten Energiestandards bauen und dann auch zertifizieren wird. Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat dazu noch konkrete Aussagen machen wird und hoffen, dadurch auf einen Antrag verzichten zu können. Wir bedanken uns für den B+A und hoffen, dass unsere Bemerkungen in der Weiterentwicklung dieses Projektes und auch bei zukünftigen Projekten berücksichtigt werden. Wir sehen dem Projekt Doppelkindergarten mit Kita positiv entgegen und hoffen, dass unsere Bemerkungen auch im Rat auf Anklang stossen werden.

Wir sind für Eintreten und bereit für die Detailberatung.

Eintreten Die Mitte/GLP

Die Mitte/GLP-Fraktion sagt klar Ja zum Neubau Doppelkindergarten mit Kindertagesstätte Kirchfeld. Der Neubau fügt sich ideal in die Konzeption des Gesamtareales ein. Aus unserer Sicht ergibt der zeitlich vorgezogene Bau des Kindergartens Sinn, damit möglichst bald der Betrieb des Doppelkindergartens und der Kita gestartet werden kann.

Zu Diskussionen führte bei uns der Entscheid, auf eine konventionelle Bauweise umzustellen. Dies entgegen dem ursprünglich geplanten reinen Holzbau und aufgrund von Lieferengpässen von Schweizer Holz. Gemäss unserem Gemeinderat Thomas Zemp liegt das Problem aber nicht nur in der Verfügbarkeit von Schweizer Holz, sondern auch in der Disponibilität der Planungsleistungen und der Realisierungsleistungen aus der Holzbranche, die jetzt schon sehr hoch ausgelastet ist.

Der Verzicht auf einen reinen Holzbau ist auch für uns ein Wermutstropfen, doch wichtiger ist eine baldige Realisierung von zwei zeitgemässen Kindergärten und insbesondere der Kindertagesstätte. Denn diese wird wegen der flexiblen Öffnungszeiten nicht nur für die Kirchfeld-Angestellten ein Benefit sein, sondern auch für viele Horwer Eltern. Wir sind überzeugt, dass sich ein Warten auf bessere Holzlieferfristen nicht lohnen würde, da aufgrund dringlicher Erweiterung von Betreuungsplätzen allenfalls ein Kita-Provisorium eingerichtet werden müsste. Zudem ist die Umsetzung auf die weiteren Projekte der Gemeinde und der Kirchfeld AG abgestimmt.

Daniela Luthiger (Die Mitte)

Die Mitte/GLP-Fraktion wertet den Neubau Doppelkindergarten mit der Kita Kirchfeld einerseits als Optimierung des Schulangebots durch zeitgemässe Schulräume, wie auch als Verbesserung der Schulwegsicherheit, z. B. muss beim Kindergarten Neumatt von den Kindern nicht mehr die gefährliche Strasse überquert werden. Der Neubau entspricht auch den ökologischen Ansprüchen und nutzt Synergien bei der Nutzung von Haustechnik bis zur Lieferung des Essens für die Kita durch die Kirchfeld AG. Weiter schafft der Neubau mit der grosszügigen Freiraumgestaltung im Gesamtareal Kirchfeld Möglichkeiten für generationenübergreifende Begegnungen. An dieser Stelle spricht unsere Fraktion dem Gemeinderat gerne ein Lob für dieses gelungene Projekt aus, welches die Strategiereferenz «Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken» besonders fördert.

Die Mitte/GLP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf den B+A und unterstützt den beantragten Sonderkredit.

Eintreten FDP

Auch die FDP hat ihre Hausaufgaben gemacht und den B+A an ihrer letzten Fraktionssitzung im Detail beraten.

Francesca Schoch
(FDP)

Unbestritten ist, dass die bestehenden Infrastrukturen der Kindergärten Hofmatt 2 und Neumatt zu ersetzen sind und diese nicht mehr den heutigen Vorgaben und Normen entsprechen. Nun stellt sich die Frage, eine Planung in Holzbau zu erzwingen oder einer Realisierung in konventioneller Bauweise in Kombination mit möglichst viel Holz zuzustimmen. Es gibt Studien, gemäss denen eine konventionelle Bauweise, Herstellung, Lebensdauer und Entsorgung in Summe keine schlechtere Ökobilanz gegenüber der Holzbauweise aufweisen. Eine Massivbauweise braucht weniger Unterhalt und Substanzersatz. Bei einer Lebensdauer von 80 Jahren ist die Ökobilanz darum vergleichbar mit einer Holzbauweise. Es besteht ja nach wie vor die Absicht, möglichst viel in Holz auszuführen und mit einer weitsichtigen Planung ist durch Synergien mit anderen Bauten auch ein Holzbau realisierbar. Holz ist zurzeit durchaus verfügbar, jedoch muss mit längeren Lieferfristen gerechnet werden, was ja planbar ist. Zudem wird für Holzbauten in der Schweiz auch Holz aus dem Ausland eingeführt. Wichtige Holzexporteure in Europa sind Russland, Weissrussland und die Ukraine. Darum glauben wir nicht, dass sich der Holzpreis in den nächsten Jahren erholen wird und dass die Verfügbarkeit von Schweizer Holz klar besser aussehen wird als heute. Der Neubau Schulhaus Allmend ist auch als Holzbau geplant, vielleicht gibt es eine Möglichkeit, gemeinsam mit diesem Bauvorhaben bereits Holz zu bestellen und so kostenoptimiert zu planen.

Für die FDP bestehen keine besonderen Nachteile, die Realisierung des Doppelkindergartens als separaten Baukörper zeitlich vorzuziehen. Klar wäre es von Vorteil, aus beiden Bauvorhaben Synergien zu nutzen, doch ist unklar, wie und wann die Realisierung des Neubauprojektes Kirchfeld tatsächlich gestartet wird. Entsprechend würde sich die Realisierung des Doppelkindergartens noch weiter nach hinten verschieben. Uns ist es wichtig, dass die Kirchfeld AG mit einem Kita-Angebot für das Personal als attraktive Arbeitgeberin auf dem Arbeitsmarkt bleibt. Jetzt ist Geld vorhanden und man soll Investitionen tätigen. Wie man so schön sagt: «Aufgeschobene Investitionen sind die Schulden von morgen.»

Auch haben wir zum Thema Sicherheit auf Baustellen diskutiert. Jeder tödliche Unfall auf einer Baustelle ist tragisch, doch die Vorschriften sind klar, wie eine Baustelle gesichert werden muss. Wenn ein Kindergarten in der Nähe ist, soll dies speziell beachtet und sensibilisiert werden. Mit einer umsichtigen Installation, wie Absperrung, Logistik, Sicherheitspersonal und geeigneten Baustellenzufahrten kann man Sicherheit auf einer Baustelle gewährleisten. Dafür werden heute auf fast allen Baustellen sogenannte RIMAs, Risiko- und Massnahmen-Analysen verlangt.

Die bereits von der GPK erwähnte Ausparzellierung würde die FDP begrüßen und unterstützen. Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung zum B+A Nr. 1699, Neubau Doppelkindergarten mit Kindertagesstätte Kirchfeld.

Eintreten SVP

Reto Eberhard (SVP)

Die SVP-Fraktion hat den B+A mit Interesse diskutiert. Grundsätzlich finden wir das Ansinnen sehr positiv, dass man von einheimischem Gewerbe einheimisches Holz braucht. Wenn, dann Schweizer Holz und nicht Holz aus Russland oder anderswo.

Der Neubau des Doppelkindergartens muss aus organisatorischen und bautechnischen Gründen in einem relativ engen Zeitraum erstellt werden. Wenn wir im Kirchfeld einen Kindergarten realisieren wollen, dann müssen wir jetzt vorwärtsmachen. Einheimisches Holz ist vorhanden, aber es muss zuerst verarbeitet werden, bevor man es bautechnisch nutzen kann. Und genau ist das Problem. Das Holz steht nicht innerhalb von der nötigen Zeit zur Verfügung und die Kapazitäten zur Verarbeitung sind zurzeit ausgelastet. Aus dem Grund sehen wir den Vorschlag für einen konventionellen Bau mit Holz als unumgänglich und zielführend, damit wir im Sommer 2023 den Kindergarten in Betrieb nehmen können. Schon das ist eine relativ enge Planung und Zeitvorgabe, im Gegensatz zur Holzvariante aber realisierbar. Sonst müssen wir nämlich die ganze Planung wieder über den Haufen werfen und von vorne anfangen zu planen.

Die SVP möchte vorwärtsmachen und das Ziel umsetzen und ist darum für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1699.

Herzlichen Dank für die grundsätzlich positive Aufnahme der Idee und vom Vorschlag des Gemeinderates, dass man einen kombinierten Bau mit Doppelkindergarten und Kindertagesstätte an dem Standort im Kirchfeld plant und realisiert. Es ist dem Gemeinderat bewusst, dass die Ausgangslage im Kirchfeld von der Lage und der Abstimmung her, mit dem grossen Projekt der Kirchfeld AG, das aus einem Wettbewerbsverfahren kommt, recht anspruchsvoll ist. Es war uns darum wichtig, dass der Bau der Gemeinde, der im Verhältnis zu dem, was die Kirchfeld AG plant, eher ein kleiner Bau ist, eng auf das Wettbewerbsergebnis abgestimmt wird. Es war auch wichtig, dass der Bau und dessen Positionierung schon im Vorfeld abgeklärt wird, auch mit den Schutzorganisationen Pro Halbinsel Horw und dem Landschaftsschutzverband. Wir haben entsprechende Besprechungen durchgeführt und konnten die Architekten der Kirchfeld AG miteinbeziehen. Es war noch spannend, wie sich das Gebäude tatsächlich noch verändert hat und wie gut es jetzt in das Gesamtprojekt passt.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Sie können überzeugt sein, dass das Gebäude seinen Beitrag zum Absenkungspfad vom CO₂ leisten wird. Wenn wir darüber reden, ob es ein Vollholzbau sein muss oder nicht, dann sprechen wir ja über die Graue Energie. Das ist eigentlich nicht wirklich das Thema vom Absenkpfad, sondern das ist ein Thema, dem natürlich Beachtung geschenkt werden muss und zu dem es zum Teil noch unterschiedliche Ansichten gibt, was wie viel Graue Energie beinhaltet und was allenfalls in eine Zertifizierung einfließen würde.

Wenn es aber jetzt um die konkrete Realisierung geht, habe ich den Eindruck, dass Ideologie auf Realität trifft. Es erstaunt mich nicht, dass die Holzbranche so gut wie möglich positive Signale aussendet, aber wie die Realität in der Holzbranche tatsächlich ist, dazu gebe ich jetzt gerne noch meinem Kollegen Hans-Ruedi Jung das Wort, der in einer anderen Funktion konkret daran ist, solche Projekte umzusetzen.

Ich bin tatsächlich in anderer Funktion mit einem Holzbau befasst, der im Kostenvoranschlag für ca. 1.2 Mio. Franken das Gewerk «Holz» enthält. Man hat das vor drei Monaten offerieren lassen und zehn schweizweit tätige Holzbauunternehmen angefragt, ob und zu welchem Preis sie das machen könnten. Von zehn angefragten Betrieben haben sieben abgesagt und auf konkrete Nachfrage Auskunft gegeben, dass man 2023 wieder schauen könnte, ob man ab 2025 wieder irgendwann Zeit habe. Von den anderen drei lag das günstigste Angebot 50 % über dem Kostenvoranschlag. Und der Kostenvoranschlag wurde nicht von irgendjemandem, sondern vom Holzbauingenieur Jung gemacht, die Namensgleichheit ist Zufall.

Hans-Ruedi Jung (Die Mitte)

Es ist nicht das Problem, dass wir nicht genug stehendes Holz in den Wäldern haben, das haben wir mehr als genug. Das Problem ist, dass in den letzten Jahren infolge fehlender Aufträge im Sägereigewerbe die Kapazitäten massiv zurückgegangen sind. Es sind viele Sägereien eingegangen oder zum Teil auch in grossen Betrieben aufgegangen, aber viele kleine Sägereien, die jetzt Kapazitäten hätten und die gebraucht würden, sind eingegangen. Die Sägereien können nicht mehr als sägen. Das Holz steht nicht zur Verfügung und Sie können für einen Holzbau kein sägefrisches Holz verwenden, denn das Holz muss eine gewisse Lagerzeit haben. Das heisst, dass das gesägte Holz aus der Schweiz nicht zur Verfügung steht; und die Holzbauer, die Bauten so erstellen, wie wir das im Kirchfeld vorgesehen hätten, sind ausgelastet. Und wenn Sie mir das nicht glauben, dann fragen Sie andere. Ich habe den direkten Draht zu jemandem im Kanton Schwyz, der sehr gute Arbeit für uns geleistet hat, der sagt, dass es keine Chance gäbe und er ausgelastet sei.

Bericht und Antrag

5.1 Generelles

Sofia Galbraith (L20)

Bei unserem Eintreten haben wir, die L20 Fraktion, bereits darauf hingewiesen, wie wenig bei diesem B+A auf die Sicherheit unserer Bevölkerung eingegangen wird. Wirklich beschämend!

Es liegt ja auf der Hand, welche Gefahren die Örtlichkeiten und die sehr engen einspurigen Zufahrtsstrassen durch den Bauverkehr für den gleichzeitigen Personenverkehr während der Bauzeit mit sich bringen. Da diese Strassen im Moment auch als sicherer Schulweg, insbesondere zum Schulhaus Hofmatt mit Kindergarten benutzt werden, werden die Kinder durch die Baufahrzeuge von der Strasse gedrängt werden. Wohin sollen sie ausweichen? Es gibt kein Trottoir. Können sie überhaupt so eine Gefahr frühzeitig erkennen? Genauso betroffen vom Bauverkehr sind aber auch die Mitarbeitenden, Bewohnende und Besucherinnen und Besucher des Kirchfelds, als auch Spaziergängerinnen und Spaziergänger sowie Sporttreibende, die dieses Areal wie gewohnt nutzen wollen.

Ältere Menschen aus dem Kirchfeld könnten nicht schnell genug reagieren oder die Gefahr korrekt einschätzen. Zusätzlich wird direkt vor dem Kirchfeld eine Baustelle sein, die beim Heraustreten oder Betreten des Kirchfelds unbedingt abgesichert werden muss. Wir wissen, dass dies in der Verantwortung der Baustellenbetreiber fällt, jedoch hätten wir uns ein Eingehen darauf im B+A gewünscht. Mit der aktuellen Planung werden in der zweiten Bauphase bei der Erweiterung des Kirchfelds sogar noch jüngere Kinder und deren Eltern gefährdet. Als das Projekt dem Einwohnerrat im Mai vorgestellt wurde, sprach man von der Tiefgarage als sicheren Ort, um die Kita und Kindergartenkinder abzusetzen und abzuholen. Die Tiefgarage wird aber erst nach Abschluss der zweiten Bauphase vorhanden sein.

Da im Bericht und Antrag Nr. 1699 kein Verkehrs- und Sicherheitskonzept erwähnt oder angedacht ist, stellt die L20-Fraktion folgenden Antrag: «Für die Bauzeit des Doppelkindergartens Kirchfeld soll ein Verkehrs- und Sicherheitskonzept vorliegen, um eine Gefährdung von Anwohnenden des Kirchfelds und Besuchenden wie auch Schulkindern, die das Areal als sicheren Schulweg benutzen, zu minimieren. Dieses Verkehrs- und Sicherheitskonzept sollte auch die nachgelagerte Bauzeit der Erweiterung Kirchfeld einbeziehen, die dann zusätzlich die Gefährdung von Eltern und Kindern der Kita und des Kindergartens minimiert.»

Es ist Bestandteil eines Baugesuchs, dass ein Bauinstallationsplan vorliegt und aufgezeigt wird, wie das Ganze organisiert wird, wo welche Zugänge sind und welche Absicherungen vorhanden sind. Das ist ganz selbstverständlich und von daher können Sie die Bemerkung überweisen.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Abstimmung:

Antrag der L20: «Für die Bauzeit des Doppelkindergartens Kirchfeld soll ein Verkehrs- und Sicherheitskonzept vorliegen, um eine Gefährdung von Anwohnenden des Kirchfelds und Besuchenden wie auch Schulkindern, die das Areal als sicheren Schulweg benutzen, zu minimieren. Dieses Verkehrs- und Sicherheitskonzept sollte auch die nachgelagerte Bauzeit der Erweiterung Kirchfeld einbeziehen, die dann zusätzlich die Gefährdung von Eltern und Kindern der Kita und des Kindergartens minimiert.»

Stefan Maissen (FDP)

Dem Antrag wird mit 16:6 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

5.2 Bauweise

Die L20 beantragt, den Bau in Holzbauweise auszuführen.

Urs Steiger (L20)

Wir haben hier im Rat das letzte Mal über den klimaneutralen Gebäudepark diskutiert, hauptsächlich über die Energieversorgung, aber nicht über die Graue Energie. Hier geht es um die Graue Energie und Zement bzw. Beton ist einer der Hauptbelastungspunkte in Bezug auf CO₂-Emissionen. Man muss im Kleinen anfangen, da gibt es ganz klare Vorteile, insbesondere reden wir da ja jetzt von der Konstruktion, die nicht dem Wetter ausgesetzt ist, und wir meinen, dass diese auch in Holz ausgeführt werden soll.

Unsere Informationen bezüglich Verfügbarkeit von Schweizer Holz und der Verarbeitungskapazität bei grossen Holzbaufirmen ist deutlich anders als das, was jetzt hier ausgeführt wurde. Wir haben zwei grosse Firmen angefragt und die haben gesagt, dass dieses Jahr gar nichts mehr geht, sie aber nächstes Jahr bauen könnten. Sie haben in der Zwischenzeit auch ihre Kapazitäten in der Verarbeitung aus- bzw. aufgebaut, die früher nach Deutschland exportiert und wieder importiert wurde, um die Vorbereitung vom Holzbau zu machen. Das machen sie jetzt in der Schweiz, aufgrund der Situationen, die wir in den letzten zwei Jahren hatten, das steht zur Verfügung und kann gemacht werden.

Wir wissen nicht ganz genau, woran es liegt, ob man sich nicht bemühen will oder ob allenfalls der Planer das nicht kann. Es ist darauf hingewiesen worden, dass man gewisse Planerkapazitätsprobleme hat, ich meine, das kann man angehen und schauen, dass man das lösen kann. Vielleicht kann es gewisse Verzögerungen geben, das müssen aber nicht zwei Jahre sein, das können ein paar Monate sein, was vorkommt. Darum sind wir ganz klar der Meinung, dass der Schritt jetzt gemacht und ein klares Signal gesetzt werden soll, dass man auf den Pfad geht.

Ich bitte Sie, dem Antrag der L20 zuzustimmen.

Wie bereits im Eintreten gesagt, hört sich ein Holzbau sympathisch an und auch ich finde das grundsätzlich erstrebenswert. Wie wir aber bereits gehört haben, ist es im Moment schwierig, das durchzusetzen. Wenn ich den Antrag lese, dass das Projekt in Holzbauweise auszuführen ist, und ich mir überlege, dass wir kein Schweizer Holz bekommen, dann würde das heissen, dass das Holz aus der Ukraine, Russland, Ungarn oder von sonst wo her importiert werden muss. Das finde ich, auch ökologisch gesehen, sehr bedenklich.

Reto Eberhard (SVP)

Kurzum gesagt, wenn der Bau mit Schweizer Holz gemacht werden kann, dann bin ich dafür. Aber das ist scheinbar nicht möglich, und genau aus dem Grund sehe ich nicht, dass wir den Antrag überweisen.

Es ist schon sehr erstaunlich, wie häufig man jetzt plötzlich mit russischem Holz bauen möchte. Aber ein Argument, das bei Gas und Öl sehr wohl funktioniert, funktioniert bei Holz halt nicht genau gleich. Selbstverständlich haben wir die Verfügbarkeit von Schweizer Holz nachgefragt und nicht gefragt, ob es ukrainisches Holz sei und dass wir das auch nehmen würden. Nein, wir haben gefragt, ob Schweizer Holz verfügbar sei. Das ist für uns sowieso klar.

Philipp Peter (L20)

Interessant ist, dass Herr Jung aufgrund eines privaten Projekts argumentiert und lustigerweise ist es, glaube ich, der gleiche Unternehmer, der auch Jung heisst, den wir vielleicht auch gefragt haben. Zumindest ist er am gleichen Ort und wir haben unterschiedliche Auskünfte. Es ist auch komisch, dass wir als Partei Recherche beim Branchenverband und bei grossen Holzbauunternehmungen, die übrigens alle auch schon in Horw gebaut haben, betreiben müssen, und auch aus anderen Bereichen argumentiert werden muss und dass eigentlich die Fakten, die vorliegen müssten, so im B+A nicht zutreffend sind. Wir haben es gehört, Herr Steiger hat es gesagt, Holz ist auf das Jahr 2023 verfügbar, ein Holzbau lässt sich sehr viel schneller aufrichten als ein Betonbau. Ausserdem sind wir beim Betonbau überhaupt nicht so unterwegs, dass gewährleistet ist, dass er anfangs Schuljahr 2023 steht, das haben wir vorhin auch gehört. Eine Verzögerung müssen wir wahrscheinlich so oder so in Kauf nehmen, und ob die Verzögerung sechs oder zehn Wochen oder drei Monate ist, ich denke, das ist am Schluss vernachlässigbar.

Jetzt ist die Frage, wer hat die besseren Quellen. Im Moment sieht es so aus, dass jeder irgendetwas behauptet und die, die die entsprechenden Daten hätten liefern müssen, haben offensichtlich versagt. Die Frage ist, wieso es dazu gekommen ist, das wäre auch noch spannend. Ist es der Architekt, der den genannten Wettbewerb gewonnen hat? Ein Blick auf die Webseite des Architekten zeigt, dass keinerlei Referenzobjekte in Holzbauweise vorzuweisen sind, was die Frage in den Raum stellt, ob vielleicht gar keine Kompetenz vorhanden ist, die nötig wäre, um so einen Holzbau zu machen und darum andere fadenscheinige Argumente in den Vordergrund gestellt werden.

Wir bitten Sie sehr, wenigstens noch einmal prüfen zu lassen, ob das zum jetzigen Zeitpunkt vielleicht anders aussieht als vor einem Jahr und welche Verzögerung entstehen würde, wenn ein Holzbau gemacht würde.

So, wie der Antrag jetzt vorliegt, ist er schwierig einzureichen. Dies wegen den genannten Argumenten, dass ja dann das Holz von irgendwoher kommen könnte. Wenn der Antrag präziser formuliert würde, nämlich dass man sagt, dass das Projekt als Holzbau auszuführen ist, sofern Schweizer Holz vorhanden ist und es nicht zu wesentlichen Verschiebungen führt, dann wäre das etwas anderes und würde auch mehr dem Sinn des Rates entsprechen. Ich glaube, das könnte auch in den anderen Fraktionen auf Zustimmung stossen.

Ivan Studer (Die Mitte)

Ich hätte jetzt einen ähnlichen Vorschlag gemacht, und zwar dass man aufnehmen müsste, dass es Schweizer Holz sein muss und das Bauprojekt im Zeitrahmen liegen muss. Dann fände ich das sehr gut und erstrebenswert.

Reto Eberhard (SVP)

Wir können jetzt noch relativ lange darüber diskutieren, woher das Holz kommen muss. Im B+A heisst es im letzten Satz unter Punkt 5.2, dass nach wie vor die Absicht besteht, möglichst viel in Holz auszuführen. Wir haben gemerkt, dass wir vielleicht nicht genügend Informationen haben oder von verschiedenen Seiten unterschiedliche Informationen vorhanden sind. Mit dem Satz im B+A würde das für mich genügen. Es haben jetzt auch alle bekundet, dass, wenn möglich, einheimisches Holz verwendet werden soll, aber das vorzuschreiben, betrachte ich als heikel.

Jürg Biese (FDP)

Ich habe, während wir hier sitzen, von einem Schalungslieferanten eine Vorankündigung für eine Preiserhöhung erhalten. Darin wird Bezug genommen auf die Kriegssituation und auf Russland und es heisst, dass trotz der Nutzung von weltweiten Bezugsnetzen, die immensen Aufschläge bei den Bezugspreisen von Holz nicht abgewehrt werden können und darum den Unternehmungen weitergegeben werden. Die Holzbeschaffung ist also ein Problem und jetzt einfach zu sagen, dass es Schweizer Holz sein muss, erachte ich als gefährlich, auch aus der preislichen Situation, aber natürlich wäre es ideal schön, wenn man das aus Holz machen könnte.

Zu beachten ist, Frau Schoch hat es auch im Eintreten gesagt, dass ein Holzbau nicht gleich Holzbau ist. Es braucht bei dem Projekt vielleicht nicht einen statisch wahnsinnig beanspruchten Holzbau, aber wenn Holz mit Verleimung und Imprägnierung und Beschichtung verwendet wird und das bei einer Lebensdauer von so einem Bauwerk nach 80 Jahren erneuert werden muss, dann weiss ich nicht, wie es um die Nachhaltigkeit steht. Ein konventioneller Bau mit möglichst viel Holz steht dem sicher nicht viel nach.

Die L20 ist gerne bereit, die Präzisierung in den Antrag aufzunehmen. Wir schlagen folgende Formulierung vor: «Das Projekt ist als Holzbau mit Schweizer Holz, wenn möglich aus der Region, auszuführen, sofern keine übermässigen zeitlichen Verzögerungen in Kauf genommen werden müssen.»

Urs Steiger (L20)

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Wir haben einen Bericht und Antrag, bei dem ein Kostenvoranschlag und eine Planung mit +/- 15 % hinterlegt sind und Sie sprechen einen Kredit von 3.25 Mio. Franken. Wenn Sie wirklich das Gefühl haben, dass das keinen Einfluss auf den Preis hat und auch keinen Einfluss auf die Termine, dann liegen Sie falsch. Wenn Sie das beschliessen, müssen wir das Geschäft zurückziehen resp. dann machen wir einen neuen Kostenvoranschlag, eine neue Planung und kommen damit wieder in den Rat. Sie werden uns ja kaum einen Blankocheck geben und sagen, es spielt keine Rolle, wenn es dann 3.8 Mio. oder wenn es dann 50 % mehr kostet, mit 4.8 Mio. Franken abrechnen. Sie werden dann kaum sagen, das sei kein Problem, es ist halt ein Holzbau. Das funktioniert auch formell nicht so. Dann hätten Sie einen Rückweisungsantrag stellen müssen und sagen, dass wir das Geschäft neu bringen müssen. Aber das wird dann nicht in sechs Wochen wieder auf dem Tisch liegen, da verlieren wir allein mit dem B+A ein bis zwei Monate, mit den Sommerferien drei Monate. Wir müssen die Planung machen, wir müssen die Offerten einholen usw. und dann bekommen Sie vielleicht einen neuen B+A und dann wissen Sie, dass es vielleicht keine Verzögerungen gibt, vielleicht aber auch um ein oder zwei Jahre verzögert wird und dann sagen Sie «Ja, hätten wir doch, jetzt geht es nicht, gebt jetzt wieder Gas.» Das ist eine Hü- und Hott-Strategie und das funktioniert nicht.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, denn da stösst Ideologie auf Realität und ich höre hier auch Aussage gegen Aussage. Hans-Ruedi Jung hat gesagt, dass er konkret Offerten eingeholt hat, das haben Sie nicht gemacht.

Die Korporation Horw möchte hinter dem ehemaligen Dytan-Verwaltungsgebäude, neben den Palazzine, zwei Holzbauten realisieren. Gemäss dem Präsidenten der Korporation haben sie eine Verzögerung von mindestens drei Jahren. Die Korporation will regionales Holz verwenden, was erst verarbeitet und getrocknet werden muss und sie muss Lagerplatz finden.

Urs Rölli (FDP)

Ich finde es auch sympathisch, möglichst ökologisch zu bauen, aber wie gesagt, Beton von der Lebensdauer her, Graue Energie usw., auch daran muss man denken.

Abstimmung:

Stefan Maissen (FDP)

Antrag der L20: «Das Projekt ist als Holzbau mit Schweizer Holz, wenn möglich aus der Region, auszuführen, sofern keine übermässigen zeitlichen Verzögerungen in Kauf genommen werden müssen.»

Der Antrag wird mit 11:14 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

5.3 Minergie®-Standard / Nachhaltiges Bauen

Urs Steiger (L20)

Wir möchten eine klare Aussage zum Minergie-Standard, weil das, was im Bericht und Antrag steht, stimmt nicht einmal mit der Gesetzgebung überein, dass Gemeinden die Vorbildfunktion einhalten müssen. Gemäss Energiestadt gilt Minergie-Standard A bzw. P als Vorbildfunktion. Wir möchten vom Gemeinderat eine klare Aussage, dass das auch tatsächlich stattfindet.

Es ist unter Punkt 5.3 nicht ganz so klar formuliert, da hat Herr Steiger recht. Aber im letzten Satz haben wir betreffend der Fördergelder geschrieben: «Für Ersatzneubauten im Minergie-P/-A Standard gibt es aktuell keine Fördergelder.»

Thomas Zemp (Die Mitte)

Wir werden uns selbstverständlich an die gesetzlichen Vorgaben halten und das Energiegesetz gibt uns vor, dass wir die Vorbildrolle wahrnehmen. Wir haben ja auch noch diskutiert, welcher Gebäudestandard gilt, 2015 oder 2019. Bei 2019 ist es Minergie P oder A Eco, das ist ein wahrer Dschungel mit den Labeln. Ich kann aber zuhänden des Protokolls bestätigen, dass wir sicher unsere Vorbildrolle wahrnehmen werden. Welches dann genau das richtige Label ist, kann ich jetzt nicht grad sagen. Im Moment sind wir auf Minergie P oder A, aber vielleicht ist es dann auch A Eco. Was von mir aus gesehen nicht per se sein muss, ist, dass man das Gebäude tatsächlich zertifiziert. Aber ich gehe davon aus, wenn das nötig ist, werden wir das auch machen. Ich glaube, der Gebäudestandard 2019 wird eine Zertifizierung fordern. Aber wir haben nicht die Absicht, irgendwelche Massnahmen, die nötig sind, nicht zu machen. Es ist unser Ziel und wir haben ja auch gesagt, was wir in den Gebäudepark investieren wollen. Es ist uns also ein Anliegen.

Anhang 1: Situationsplan

Keine Anmerkungen

Stefan Maissen (FDP)

Anhang 2: Grundrisse

Keine Anmerkungen

Anhang 3: Fassaden

Keine Anmerkungen

Anhang 4: Visualisierung

Keine Anmerkungen

Abstimmung Beschluss:

1. Der Neubau Doppelkindergarten mit Kindertagesstätte Kirchfeld wird mit 16:7 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen.
2. Die Ausgabenbewilligung durch Sonderkredit für die Erstellung Doppelkindergarten mit Kindertagesstätte (KST 420 055) von Fr. 3'250'000.00 inkl. MWST wird mit 23:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt.
3. Der vorgeschlagenen Finanzierung wird mit 24:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Gesamtabstimmung:

Dem Bericht und Antrag «Neubau Doppelkindergarten mit Kindertagesstätte Kirchfeld» wird mit 17:7 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

4. Fragestunde

5. Dringliches Postulat Nr. 2022-749 von Ruth Strässle, FDP, und Mitunterzeichnenden: Camping in weitsichtige Planung einbeziehen

Eine weitsichtige Planung findet in der Gegenwart statt, also heute. Es ist unsere Pflicht, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, weitsichtig zu denken und dem Gemeinderat dieses weitsichtige Denken in Form von Vorstössen und Anregungen für ihre operative tägliche Arbeit mit auf den Weg zu geben.

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Zwei B+As beinhalten Komponenten einer weitsichtigen Planung, z. B. der B+A Nr. 1666, Teilrevision Ortsplanung: Räumliches Entwicklungsprojekt 2040. Er stellt als strategisches Planungsinstrument Weichen für die Entwicklung der Gemeinde Horw. Darin ist auch zu lesen, dass die Gemeinde Horw eine hohe Standortgunst besitzt und diese erfreuliche Ausgangslage bedingt eine abgestimmte und nachhaltige Strategie der räumlichen Entwicklung. Ein weiterer B+A ist der Planungsbericht Luzern Süd (Nr. 1634). In der Einleitung ist festgehalten, dass es sich bei diesem Gebiet um einen dynamischen, gemeindeübergreifenden Lebensraum handelt. Die Planungsberichte werden dem Einwohnerrat jeweils zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Inhalte sind in der Regel in einer hohen Flughöhe verfasst und Details noch in weiter Ferne.

Nun zu meinem Anliegen in meinem Postulat: Gemäss Gemeinderat Zemp hat sich der Einwohnerrat noch nie explizit gegen oder für einem Campingplatz ausgesprochen. Dieser ist einfach vorhanden, auch wenn der Einwohnerrat informiert wurde, dass der Vertrag gekündigt ist. Im Moment ist der Vertrag, befristet bis 2023, wieder erneuert worden. Einen Vertrag künden heisst ja nicht explizit, dass man in Horw keinen Campingplatz mehr will.

Meine Damen und Herren, wie Sie alle wissen, in der aktuellen Seefeldplanung wurde der Campingplatz bereits beim Studienauftrag nicht mehr berücksichtigt. Dies hat der Gemeinderat entschieden, doch der Einwohnerrat konnte sich dazu nicht äussern.

Auf der Homepage der Gemeinde ist Folgendes zu lesen: «Das wunderschöne Horw, an den Ufern des Vierwaldstättersees, ist immer eine Reise wert. Die Gemeinde bietet attraktive Naherholungsgebiete und ist zugleich Ausgangspunkt für Erlebnisse in den Bergen und auf dem See.» Weiter ist zu lesen: «Verschiedene Unterkunftsmöglichkei-

ten, vom Viersternehotel bis zum Campingplatz stehen zur Verfügung.» Wir wohnen in einer Ferienregion und das ist unser Privileg!

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich sehe auch, dass der Platz in der jetzigen Seefeldplanung eng und klein ist und für den bestehenden Campingplatz kein Platz ist. Mein Anliegen bewegt sich auf einer hohen Flughöhe. Ich möchte nicht einfach, ohne mindestens in einem zukünftigen Studienauftrag versucht zu haben, einen Camping im Entwicklungsgebiet LuzernSüd einzuplanen, auf diesen verzichten.

Wer die jetzige Seefeldplanung studiert, kann feststellen, dass es bereits schon viele andere Möglichkeiten gibt, wie etwas entstehen kann. So ist zum Beispiel das Seebad, das wir heute als Projekt anschauen können, definitiv anders als das vorherige war. Die Planer von heute denken anders, sie haben andere Ideen.

Beim Studienauftrag beim Projektperimeter für 2035 ist zu lesen, wie gestalterische und kreative Massnahmen erwünscht sind. Ich glaube an die jungen Planer, sie sehen Möglichkeiten, die wir heute vielleicht nicht sehen. So kann auch ein attraktiver Campingplatz, wie er traditionellerweise heute noch genannt wird, vielleicht ganz anders entstehen.

Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, geben Sie dem Anliegen eine Chance und überweisen Sie dieses Postulat, das dem Gemeinderat ermöglicht, mindestens zu versuchen, einen Campingplatz in einer weiteren Studie einfließen zu lassen.

Hier trifft jetzt Wunsch auf Realität. Der heutige und künftige Freiraum, inkl. Areale Tschümperlin und Sand+Kies AG, ist knapp. Der Nutzungsdruck steigt stetig und es können nicht alle Bedürfnisse befriedigt werden. Wir müssen darum Prioritäten setzen.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Ein Campingplatz mag touristisch und allenfalls auch wirtschaftlich interessant sein, aber nur dann, wenn er eine gewisse Grösse hat und nicht nur für Durchreisende ist, sondern auch für diejenigen, die länger bleiben und Wertschöpfung genießen würden. Ein Campingplatz entspricht aber nicht einem prioritären Bedürfnis der in und um Horw wohnenden und arbeitenden Bevölkerung.

Der Campingplatz beansprucht heute eine Fläche von ca. 13'500 m², ohne den vorgelagerten Parkplatz. Würde diese Fläche auf das Areal der Sand+Kies AG verschoben, entspräche das rund 45 % der Grundstücksfläche. Dann hätte der Campingplatz eine Grösse wie heute und wäre völlig unzureichend.

Ein guter und funktionierender Campingplatz ist der von Sempach. Der hat ohne Parkplätze eine Fläche von 54'000 m² und jetzt können Sie sich einmal überlegen, wo Sie so etwas in Horw machen wollen.

Dann gibt es noch einen anderen Punkt, der Ihnen bewusst sein sollte. Wenn man von einer Umzonung der Sand+Kies AG in eine Zone für öffentliche Zwecke spricht, werden Sie die nie rechtfertigen können, wenn Sie sagen, Sie wollen darauf einen Campingplatz realisieren.

Darum bitte ich Sie, das Postulat möglichst deutlich abzulehnen, damit wir auch in den Umzonungsverfahren keine Probleme bekommen.

Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Stefan Maissen (FDP)

Gerne äussern wir uns zu diesem dringlich eingereichten Vorstoss, weil wir glauben, dass das eine wichtige Diskussion ist. Ich möchte vorab klar festhalten, dass die L20 nicht grundsätzlich gegen einen Campingplatz in der Gemeinde Horw ist. Das ist uns wichtig zu betonen. Wir können und wollen diesem Postulat trotzdem nicht zustimmen.

Jonas Heeb (L20)

Die gesamte Planung rund um das Seefeld-Areal ist ein sehr wichtiges und für den Horwer Freiraum wegweisendes Projekt. Wir finden es falsch, die Debatte rund um das Seefeld zur Camping-Grundsatzfrage zu machen. Ob Horw weiterhin einen Campingplatz zur Verfügung stellt oder nicht, darf nicht die Freiraumgestaltung des Seefelds beeinflussen.

Das Areal bietet enorm viel Potenzial für eine sehr attraktive und offene Gestaltung an einer exklusiven Lage. Der Horwer Seezugang, der sehr weitläufig ist, ist weitestgehend geprägt von Privateigentum, schützenswertem Ried oder sonstigem nicht nutzbarem Anstoss. Der für die Öffentlichkeit offen stehende Raum am See ist im Verhältnis zu der natürlichen Verfügbarkeit überschaubar, um nicht zu sagen gering. Und genau deshalb bietet das Projekt Seefeld eine Chance, zusätzlichen Platz für die Öffentlichkeit, notabene für die Menschen aus Horw, zu gewinnen und zu gestalten. Das zusätzliche Areal der Sand+Kies AG vergrössert dieses Potenzial und wir sind dagegen, dass diese Fläche an bester und attraktivster Lage bereits für etwas Halböffentliches besetzt wird, was der Bevölkerung nachher nicht oder nur beschränkt zugänglich ist.

Ruth Strässle hat es gesagt, und es stimmt, dass der Einwohnerrat nie gesagt hat, ob man einen Campingplatz will oder nicht. Wir möchten uns der Diskussion auch nicht verwehren, ob es einen Camping in Horw geben soll oder nicht. Wir lehnen es aber ab, die Entwicklung des Seefelds zur Entscheidungsfrage über den Campingplatz zu machen. Es gäbe durchaus andere Standorte, die prüfenswert wären und da bieten wir sehr gerne Hand für eine Diskussion. Wir werden das Postulat darum ablehnen.

Wir haben verschiedene Sachen gehört, u. a. dass der Betrieb zu klein sei. Meines Wissens ist der Campingplatz im Moment ausgebucht, d. h. wirtschaftlich gesehen läuft es sehr gut und die Leute geniessen den Campingplatz. Er ist auch wirklich schön gelegen und bietet viel Platz.

Reto Eberhard (SVP)

Zum Punkt Öffentlichkeit: Der Campingplatz ist für jeden offen, also durchaus öffentlich. Jeder kann kommen und für ein paar Nächte, eine Woche oder länger sein Zelt oder seinen Wohnwagen aufstellen. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass die Wirtschaftlichkeit auch für die verschiedenen Restaurants und Läden nicht ganz unbedeutend ist. Aus diesen Gründen, und noch weiteren mehr, finde ich das Postulat sehr gut, damit man das prüfen und schauen kann, wo man das realisieren kann oder ob man den Campingplatz dort belässt. Es ist ein gutes Postulat und ich bitte Sie, dieses zu überweisen.

Das ist eben genau das: Man soll das mal anschauen, ein wenig da und ein wenig dort oder lässt man es dort sein, wo es ist. Wenn Sie das Postulat überweisen, muss ich die Planung im Seefeld stoppen und wir müssen neu anfangen. Wir können nicht immer über etwas diskutieren und etwas im Hintergrund mitschwingen lassen, das ein Projekt beeinträchtigt. Sie müssen jetzt der Realität in die Augen schauen, Herr Eberhard. Natürlich ist der Campingplatz voll, nämlich weil er zu klein ist. Es macht doch einfach keinen Sinn, Sie können jetzt schon sagen, er funktioniere, aber wenn wir dem Betreiber sagen, dass alles neu gemacht werden muss, Nasszellen und das Restaurant, damit alle Auflagen erfüllt sind, dann werden die sagen, dass sie das für die Grösse des Campingplatzes nicht investieren können. Das ist die Realität. Und wenn ich den Platz auf das Sand+Kies-Areal transformiere, was jetzt 45 % der Fläche wäre, wenn man den Campingplatz vernünftig gross macht, dann muss man das gesamte Sand+Kies-Areal dafür nutzen. Jetzt müssen Sie einfach sagen: Wollen wir das? Wenn wir das wollen,

Thomas Zemp (Die Mitte)

dort oder an einem anderen Ort, dann müssen Sie mir sagen wo. Wir haben so eine Fläche gar nicht. Wenn er heute 14'000 m² hat, dann muss er mindestens 20'000 bis 25'000 m² haben und dann wäre er etwa ein Drittel so gross wie der in Sempach. Sie können ihn auch in der Oberrüti planen, da haben Sie eine Tourismuszone, aber die ist leider auch nur 12'000 m² gross.

Das ist jetzt wirklich einfach ein Wunsch, wenn Sie etwas überweisen, was nicht umsetzbar ist. Sonst müssen Sie Prioritäten setzen, und das ist Ihre Aufgabe als Einwohnerrat, und sagen, dass es im Seefeld einen Campingplatz braucht und der FC Horw auf seine Fussballfelder verzichten soll, weil Ihnen das nicht wichtig ist. Dann müssen Sie dafür einstehen und das klar verlangen und nicht einfach sagen, der Gemeinderat soll alles unter einen Hut bringen. Das ist flächenmässig einfach nicht möglich.

Das Postulat ist im Ansatz falsch. Auf dem Seefeld, das jetzt geplant ist, hat der Campingplatz keinen Platz und man sollte die zukünftige Planung nicht mit einer einzigen Sache vorbelasten bei der Sand+ Kies AG. Wenn wir das Postulat überweisen, sagen wir, dorthin kommt der Camping, der hat sonst nirgends Platz. Darum ist das falsch. Wenn man dem Gemeinderat ein Postulat überweisen würde, er soll prüfen, ob ein Campingplatz irgendwo in der Gemeinde Platz hat, dann ist das eine andere Geschichte, aber dies ist ein völlig anderes Postulat. Darum beantragen wir, das Postulat nicht zu überweisen.

Urs Steiger (L20)

Betreffend Infrastruktur möchte ich zu bedenken geben: Dass man nicht investiert, wenn man nur einen Mietvertrag für ein, zwei oder bestenfalls drei Jahre hat, ist klar. Jede und jeder, der einen Betrieb führt, würde sagen, dass das zu kurzfristig ist. Wenn man aber einen grösseren Zeithorizont von 10 Jahren und mehr angibt, dann wird auch entsprechend investiert und die Infrastruktur angepasst und modernisiert.

Reto Eberhard (SVP)

Ich glaube nicht, dass es unbedingt ein so grosser Campingplatz sein muss wie in Sempach. Klein, aber fein ist manchmal mehr. Dann kostet vielleicht der Platz ein wenig mehr, das mag durchaus sein, aber dafür hat man dann Ruhe. Man kann durchaus einmal prüfen, ob der Campingplatz dort bestehen bleiben kann oder ob man einen anderen Platz findet, aber dass er irgendwo in dem Gebiet ist, kann man mal prüfen und dann sieht man, was dabei herauskommt.

Ich finde es noch speziell, Herr Zemp legt jetzt nur den Fokus auf das Seefeld. Grundsätzlich erwarte ich vom Gemeinderat den Fokus auf die ganze Gemeinde. Müssen jetzt die Fussballfelder unbedingt im Seefeld bleiben? Ich sage das jetzt provokativ, aber neben dem Tennisplatz im Felmis gibt es auch noch Platz. Man müsste jetzt mit der Teilrevision der Ortsplanung auch einmal über den Tellerrand hinausschauen und nicht nur den Seefeldperimeter betrachten, sondern grundsätzlich alle Möglichkeiten anschauen und nicht sagen, man wolle das nur auf das Sand+Kies-Areal projizieren. Das ist nicht so. Ich erwarte vom Gemeinderat eine Gesamtsicht und nicht nur das Areal Seefeld.

Urs Rölli (FDP)

Danke Herr Rölli, das ist genau das, was ich auch sehe. Wir als Einwohnerräte müssen dem Gemeinderat den Auftrag geben, zu schauen, ob es überhaupt eine Möglichkeit gibt. Das Anliegen gibt er dann an Planer weiter als Studie für Landschaftsarchitekten usw. Da wird ja so viel studiert und es wird so viel geplant und sehr viel von den Planungen landet im Papierkorb, aber man hatte das zumindest einmal auf dem Radar und man hat das mal angeschaut. Es geht auch darum, den Fächer einmal aufzumachen, ob es überhaupt eine Option gibt oder nicht. Wenn es keine gibt, dann haben wir es zumindest versucht. Das ist das, was ich kritisiere, wir versuchen es gar nicht, wir denken gar nicht, sondern haben das einfach schon mal weggestrichen, schon beim letzten Studienauftrag. Vielleicht gibt es ganz andere Optionen, wie Herr Rölli angesprochen hat.

Ruth Strässle-Eris-
mann (FDP)

Geschätzte Ratskolleginnen und geschätzte Ratskollegen, wollen Sie heute entscheiden, dass die weiteren Entwicklungsstudien – was auch immer das ist und wo das ist – in der Gemeinde Horw oder LuzernSüd ohne Campingmöglichkeit weitergeführt werden? Wollen Sie heute entscheiden, dass man in Horw den Campingplatz in Zukunft nur noch im Archiv sehen kann, wie es früher war? Wollen Sie heute entscheiden, was Sie der Bevölkerung erklären wollen? Nach dem Motto: Der Einwohnerrat in der Legislatur 2020-2024 hat entschieden, dass es in der Gemeinde Horw keine Möglichkeit mehr für einen Campingplatz gibt. Es fliesst in keinen Studienauftrag mehr ein, es ist einfach so. Wollen Sie, dass es keine Möglichkeit mehr geben wird, aktiv in einer Studie zu einem Camping Ja oder Nein zu sagen? Wenn das als Planung in den Rat kommt und Sie sehen, das ist zu eng und wir wollen lieber etwas anderes an dem Platz, dann können Sie es im Rat aktiv verwerfen. Aber wenn Sie das Postulat erst gar nicht überwiesen, haben Sie die Chance nicht mehr. Und wie schnell sich die Welt verändert und wie flexibel wir sein müssen, hat uns Corona gelehrt.

Ich bitte Sie darum, dem Ganzen eine Chance zu geben und das Postulat zu überweisen.

Im Postulat heisst es: «Ich bitte den Gemeinderat, in der weiteren Planung/Projektphasen den 'verlorenen' Campingplatz wieder in die weitsichtige Planung des ganzen Areals Seefeld miteinzubeziehen.» Das Postulat bezieht sich klar auf das Seefeld und es ist das, was Urs Steiger gesagt hat, wenn Sie eine grundsätzliche Prüfung wollen, ob man irgendwo in der Gemeinde einen Campingplatz zwischen 15'000 und 25'000 m² zur Verfügung stellen kann, dann können Sie ein neues Postulat einreichen, das das verlangt.

Ich sage Ihnen, mit diesem Postulat gefährden Sie in höchstem Masse die Umzonung vom Sand+Kies-Areal in eine Zone für öffentliche Zwecke. Wenn es nachher heisst, wir wollen das umzonen, damit wir dort einen Campingplatz machen können, werden wir ganz schlechte Karten haben.

Der Auftrag des Postulats ist falsch formuliert, ich kann das nur betonen, das geht so nicht, weil Sie bestimmen, wo der Camping sein soll und dann kann man nicht in der ganzen Gemeinde suchen. Wenn man in der Fragestellung sagen würde: Wollen Sie verhindern, dass die Horwer Öffentlichkeit den Raum der Sand+Kies AG braucht? Wenn das der Fall ist, dann müssen Sie einer Überweisung des Postulats zustimmen. Lehnen Sie darum den Vorstoss ab und reichen Sie ein neues Postulat ein, das die Prüfung eines Areals für einen Campingplatz vorsieht.

Gemäss Art. 75 der Geschäftsordnung ist es möglich, dass ein Ratsmitglied einen Antrag für eine Teilüberweisung oder Ablehnung eines Postulats stellt. Nach den Diskussionen überlege ich mir, ob man den letzten Satz des Postulats umformulieren und das Areal Seefeld herausnehmen kann. Dann würde es heissen: «Ich bitte den Gemeinderat, in der weiteren Ortsplanung den 'verlorenen' Campingplatz wieder in die weitsichtige Planung miteinzubeziehen.»

Wieso müssen Sie das Postulat unbedingt überweisen? Machen Sie doch ein neues und schreiben Sie die Sachen rein, die wichtig sind. In welche Planung soll das einbezogen werden? Wie gross soll der Campingplatz sein? Muss er am See sein usw. und sonst müssen Sie das Postulat ablehnen. Es ist einfach unklar. Sie können doch sagen, man soll eine Studie in Auftrag geben, über die ganze Gemeinde geeigneten Platz für einen Campingplatz zu suchen. Wenn der Rat das für ein prioritäres Anliegen hält, dann machen wir das selbstverständlich.

Thomas Zemp (Die Mitte)

Urs Steiger (L20)

Jürg Biese (FDP)

Thomas Zemp (Die Mitte)

Wir haben von verschiedenen Seiten gehört, dass der Bezug auf das Seefeld der falsche Ansatz ist. Man könnte sagen, dass in der weiteren Ortsplanung berücksichtigt werden soll, allenfalls irgendwo einen Campingplatz zu installieren. Die Grösse müssen im Übrigen nicht wir dimensionieren. Ich möchte daran erinnern, dass der TCS den Vertrag Jahr für Jahr verlängert hat, das haben wir in einer Beantwortung einer Interpellation erfahren. Also so ganz unrentabel war er trotz der kleinen Grösse doch nicht.

Jürg Biese (FDP)

Herr Biese, stellen Sie einen Antrag auf eine Teilüberweisung des Postulats?

Stefan Maissen (FDP)

Frau Strässle nickt mir zu und so beantrage ich, den letzten Satz wie folgt zu formulieren: «Ich bitte den Gemeinderat, in der weiteren Ortsplanung den 'verlorenen' Campingplatz wieder in die weitsichtige Planung miteinzubeziehen.»

Jürg Biese (FDP)

Abstimmung:

Gegenüberstellung:

Das Postulat wird vollständig überwiesen:	5 Stimmen
Das Postulat wird teilweise überwiesen:	14 Stimmen

Stefan Maissen (FDP)

Abstimmung:

Gegenüberstellung:

Das Postulat wird teilweise überwiesen:	12 Stimmen
Das Postulat wird nicht überwiesen:	14 Stimmen

Die Überweisung des Postulats ist somit abgelehnt.

6. Dringliches Postulat Nr. 2022-750 von Antonio Simoes, SVP, und Mitunterzeichnenden: Öffentlicher Abort (WC-Toilette), Bahnhof Horw

Mit dem dringlichen Postulat soll auf ein menschliches Bedürfnis aufmerksam gemacht werden, das vor ca. drei Jahren vergessen wurde. Die Frage, warum das Postulat erst jetzt eingereicht wird, ist irrelevant. Man kann auch fragen, warum Sie selbst nicht früher auf die Idee gekommen sind. Ja, man muss eben mit der Bahn reisen.

Antonio Simoes (SVP)

Wir können unseren Steuerzahlenden nicht erzählen, dass sie ihr Geschäft zu Hause oder anderswo erledigen sollen, weil es im Bahnhof kein WC gibt. Es ist ebenfalls eine Zumutung für das Lokal an der Bahnhofstrasse. Es ist tatsächlich ein menschliches Bedürfnis, das Horw, auch als Provisorium, zu decken vermag, ohne Wenn und Aber.

Ich bedanke mich für die wohlwollende Behandlung des dringlichen Postulats.

Das gleiche Anliegen wurde bereits vor längerer Zeit durch Herrn Camenzind an den Gemeinderat herangetragen. Wir haben gesagt, dass es gar nicht so einfach ist, einen geeigneten Standort zu finden. An dem Standort, wo das WC dann definitiv beim Busbahnhof geplant wäre, können wir es jetzt nicht erstellen. Es müsste fest mit der Kanalisation verbunden werden, weil es nicht nur eine mobile Toi Toi WC-Kabine ist, sondern ein definitives WC, und dann müsste man das versetzen, was sehr kostspielig wäre. Dann bleibt also nur eine vorübergehende Lösung und bei den Grundstücken der Gemeinde ist es auch schwierig, einen Standort zu finden. Wir werden mit der Zentralbahn abklären, ob es eine Möglichkeit gibt, dort ein Provisorium zu stellen.

Astrid David Müller (SVP)

Wir sind bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

7. Dringliches Postulat Nr. 2022-752 von Sofia Galbraith, L20, und Mitunterzeichnenden: Öffentlicher Seezugang Krämerstein - Bootssteg

Wir haben das Postulat gestern dringlich eingereicht, weil nach unserem Beitrag im Blickpunkt so viel Rücklauf von der Bevölkerung kam. Ich wurde auch am Montag beim Oberrüti-Workshop darauf angesprochen, dass es inakzeptabel sei, dass der Bootssteg geschlossen ist.

Sofia Galbraith (L20)

Seit 40 Jahren nutzen Einheimische und auswärtige Gäste den schönen öffentlichen Park mit dem Seezugang und dazu gehört eben auch der Bootssteg als Schwimmdistanz. Dass das Schwimmen zum oder vom Bootssteg nun nicht mehr erlaubt sein soll, weil laut Aussage von Frau Gemeinderätin Astrid David Müller das Bootshaus neuerdings vermietet ist und man die Privatsphäre des Mieters schützen wolle, können und wollen wir so nicht hinnehmen. Noch im März 2019 verkündete man auf der Webseite der Gemeinde Horw, dass die öffentliche Nutzung des Parks im bisherigen Rahmen weiterhin gesichert sei. Auch das aktuelle Legislaturprogramm hat zum Ziel, die Seeuferzugänge zu erweitern und die Gemeindestrategie sieht vor, Erholungsräume zu sichern. Vorstösse unserer Fraktion und Forderungen nach mehr öffentlichen Seezugängen wurden leider abgeschmettert. Jetzt plötzlich auch diesen Seezugang nicht mehr zu erlauben, hat öffentlichen Ärger verursacht und wir finden es inakzeptabel, dies der Bevölkerung zuzumuten. Wir bestehen darauf, dass die Versprechen der Gemeinde eingehalten werden. Es kann doch nicht sein, dass Einzelinteressen über das Wohl der Bevölkerung gestellt werden und die Bademöglichkeiten der Horwer Bevölkerung in ihrem eigenen Park gestrichen werden.

Wir hoffen, dass der Gemeinderat dieses Postulat entgegennimmt und überprüft, wie der Bootssteg so schnell wie möglich, noch diesen Sommer, wieder zugänglich gemacht werden kann.

Im Blickpunkt-Beitrag der L20, aber auch im Postulat wird erwähnt, dass der Gemeinderat auf Nachfrage der L20 informiert habe, dass das Bootshaus vermietet worden sei und man die Privatsphäre der Mieterin schützen wolle.

Astrid David Müller
(SVP)

An eine offizielle Nachfrage kann ich mich nicht erinnern, es muss sich also um ein Zitat aus der Fragestunde handeln. Ich muss sagen, dass ich es persönlich sehr fragwürdig finde, dass Zitate aus der Fragestunde verwendet werden, die ja bekanntlich nicht protokolliert wird, und auch ohne Gelegenheit, Präzisierungen anzubringen. Journalistinnen und Journalisten dürften das nicht machen. Dies als allgemeine Bemerkung. Wenn das anfängt, Schule zu machen, muss man sich als Gemeinderat überlegen, was man in der Fragestunde sagt. Ich finde, es ist fair, wenn man jemanden mit einem Thema konfrontiert und der Person auch Gelegenheit gibt, ihre Auffassung darzulegen.

Die Schliessung des Bootsstegs ist vor allem eine Frage der Sicherheit. Das Bootshaus wird jetzt intensiver genutzt und es ist gefährlich, wenn sich Schwimmende um den Bootssteg bewegen. Es kommt auch immer wieder vor, dass Leute auf das Bootshaus hinaufklettern und ins Wasser springen, und das ist eine Gefährdung.

Wenn jetzt die Benutzung des Bootsstegs hochstilisiert wird zu einer Hinderung der Benutzung, sodass man sagt, das Wohl der Horwer Bevölkerung sei dadurch gefährdet, muss man auch sagen, dass sich gewisse Personen auf dem Bootssteg sehr breit gemacht und andere ausgeschlossen haben. Wenn Badetücher und Liegestühle den Steg belegen und Abfall herumliegt, werden andere Personen dadurch auch ausgeschlossen.

Der Gemeinderat ist aber bereit, das Postulat entgegenzunehmen und zu prüfen, was machbar und verhältnismässig ist, ohne dass eine Einbusse bei der Sicherheit in Kauf genommen werden muss.

8. Dringliche Interpellation Nr. 2022-751 von Bettina Beck Bertschmann, Die Mitte, und Mitunterzeichnenden: Schliessung Polizeiposten Horw

Die Einreichung der dringlichen Interpellation erfolgte kurzfristig und ich nehme mündlich, so weit ich das kann, zu den Fragen Stellung:

Astrid David Müller
(SVP)

1. Wurde die Gemeinde Horw in die Prozesse «Reduktion der Polizeiposten» und «Temporäre Schliessung» einbezogen?

Nein, wir wurden nicht einbezogen. Ein Einbezug der Gemeinde Horw findet in Bezug auf die beabsichtigte Organisationsentwicklung der Luzerner Polizei (OE 2030) statt, und zwar im Rahmen einer Vernehmlassung. In der Vernehmlassungsantwort werden wir unser Missfallen und unsere Irritation über die Art und Weise des Vorgehens und wie es kommuniziert wurde, kundtun. Es fand nämlich erst am 11. Mai eine Informationsveranstaltung für Mitglieder des Gemeinderates Horw und von anderen Gemeinden statt, an der vorgestellt wurde, wie die Organisationsentwicklung der Luzerner Polizei geplant ist. Dort wurde kein Wort darüber verloren, dass der Polizeiposten Horw in wenigen Tagen geschlossen werden soll. Diese Vorgehensweise ist wenig vertrauensfördernd, und das werden wir auch entsprechend zurückspiegeln.

2. Gibt es dazu eine saubere Analyse, welche die Konsequenzen für die Bevölkerung aufzeigt?

Das entzieht sich unserer Kenntnis. Wir wurden durch die Medienmitteilung informiert, und was noch unschön ist, per E-Mail. Die E-Mail kam am 10. Juni 2022 und es wurde uns mitgeteilt, dass der Polizeiposten am 13. Juni 2022 geschlossen wird. Der 10. Juni war ein Freitag, der 13. Juni war der darauffolgende Montag. Es ist uns ohne weitere Kommentare oder Informationen einfach so mitgeteilt worden.

3. Welche Massnahmen stellen die Sicherheit der Horwer Bevölkerung sicher?

Auch die Massnahmen, welche die Sicherheit der Horwer Bevölkerung sicherstellen, wurden uns nicht kommuniziert.

4. Hat die Gemeinde beim Kanton interveniert, damit eine solche Schliessung nicht mehr vorkommt oder verhindert werden kann?

Wir haben ein Schreiben an den Regierungsrat vorbereitet, in dem wir verlangen, dass uns geeignete Massnahmen kommuniziert werden, um die Sicherheit zu gewährleisten und die Erreichbarkeit eines Polizeipostens in nützlicher Distanz für die Bevölkerung, zu kommunizieren. Wir kritisieren ebenfalls die Art und Weise, wie die Kommunikation uns gegenüber erfolgte. Das ist einfach nicht korrekt.

5. Wird die Gemeinde beim Kanton vorstellig und wie wird die Gemeinde Stellung nehmen?

Die Frage habe ich gerade beantwortet.

6. Hat die Gemeinde Kenntnis, ob der Verband Luzerner Gemeinden (VLG) als Vertreter aller Luzerner Gemeinden vorstellig geworden ist, damit die Gemeinden vorher rechtzeitig informiert werden?

Davon haben wir keine Kenntnis.

Ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme der Beantwortung.

Ist die Interpellantin bzw. ihre Stellvertretung mit der Beantwortung zufrieden?

Stefan Maissen (FDP)

Mich würde noch interessieren, wie die Sicherheit genau sichergestellt wird. Wo sind die Polizisten, die in Horw eingreifen, falls es nötig ist?

Daniela Luthiger (Die Mitte)

Der Polizeiposten Kriens ist zuständig für Horw und es sind «fliegende» Patrouillen, die zum Einsatz kommen. Wenn ein Anruf auf die Nr. 117 eingeht, sieht die Polizei, welche Patrouille in der Nähe ist und diese wird dann geschickt. Das können dann natürlich Personen sein, die nicht aus Horw, aber gerade in der Nähe sind. Das ist das Konzept der Polizei, aber konkret auf die Schliessung unseres Postens wurden wir nicht mit einem Massnahmenkatalog informiert.

Astrid David Müller (SVP)

Wenn man die Nr. 117 anruft, kann es sein, dass nicht grad abgenommen wird. Man muss aber einfach dranbleiben, man wird dann verwiesen und die nächstliegende Patrouille informiert. Das ist sicher gewährleistet, aber der Polizeiposten ist geschlossen. Es handelt sich um eine temporäre Schliessung bis maximal Ende August. In der Zwischenzeit ist der Polizeiposten Kriens zuständig.

Gibt es weitere Leistungen der Polizei, die komplett wegfallen?

Daniela Luthiger (Die Mitte)

Es wurde uns nicht gesagt, dass eigentliche Leistungen wegfallen, sondern als Begründung wird angeführt, dass mehr Polizisten auf die Strasse gebracht werden sollen und diese nicht auf den Polizeiposten blockiert sein sollen. So, wie das die Luzerner Polizei kommuniziert, sollten die Leistungen verbessert werden. Ob das der Fall sein wird, werden wir dann beurteilen können.

Astrid David Müller (SVP)

Vielen Dank für die Beantwortung der verschiedenen Fragen.

Daniela Luthiger (Die Mitte)

Aufgrund der Zeit beantrage ich, die weiteren Vorstösse abzutraktandieren und auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Stefan Maissen (FDP)

Gegen das Vorgehen wird nicht opponiert.

9. Konstituierung des Rates für die Amtsperiode 2022/2023

Die Wahlen werden musikalisch von der Musikschule Horw begleitet. Ich begrüsse den Musikschulleiter Mario Schubiger, ganz speziell möchte ich aber Simone Meyer und Carla Studer, sie spielen Querflöte, und John Riley am Klavier begrüssen. Vielen Dank für die feierliche Umrahmung der Wahlen.

Stefan Maissen (FDP)

Bevor wir zur Wahl kommen, nochmal der Hinweis: Gemäss Artikel 80, Absatz 2 darf kein Ratsmitglied den Saal bis zur Beendigung des Wahlaktes verlassen. Ich bitte Sie, dies so zu befolgen.

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten des Einwohnerrates

Es freut mich sehr, als Präsident für das nächste Amtsjahr Herrn Reto von Glutz zu nominieren. Er ist ein langjähriges Mitglied des Einwohnerrates und seit Mai 2011, also 11 Jahre, dabei. Er setzt sich in verschiedenen Kommissionen ein, nämlich in der Bürgerrechtsdelegation und in der Geschäftsprüfungskommission ein. Es freut mich sehr, dass ich ihn heute nominieren darf.

Reto Eberhard (SVP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	27
Eingegangene Stimmzettel	27
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	2
Gültige Stimmzettel	25
Absolutes Mehr	13

Stefan Maissen (FDP)

Gewählt ist Reto von Glutz mit 25 Stimmen.

Herr von Glutz, nehmen Sie die Wahl an?

Was ist das für ein besonderer Moment! Einmalig im Amtsjahr und wohl auch einmalig im Leben eines Politikers. Die Wahl aus dem Kreis der Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung werde ich als grosses Zeichen Ihres Vertrauens und Wertschätzung. Es berührt und freut mich wirklich sehr. Im aktiven Einsatz für die Gesellschaft und die Gemeinde braucht es aber alle hier im Rat und alle in unserer schönen Gemeinde. Wir wollen ja schliesslich alle eine positive, die bestmögliche Entwicklung des Gemeinwesens in wirklich turbulenten Zeiten.

Reto von Glutz (SVP)

Ich möchte den heute anwesenden Gäste, die zahlreich erschienen sind, und Ihnen allen, meine Damen und Herren, in grosser Freude und Dankbarkeit die Annahme der Wahl erklären.

Wahl der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten des Einwohnerrates

Ich schlage für das Vizepräsidium meine Co-Fraktionschefin Larissa Lehner vor.

Philipp Peter (L20)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	27
Eingegangene Stimmzettel	27
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	1
Gültige Stimmzettel	26
Absolutes Mehr	14

Stefan Maissen (FDP)

Gewählt ist Larissa Lehner mit 26 Stimmen.

Frau Lehner, nehmen Sie die Wahl an?

Ja, sehr gerne.

Larissa Lehner (L20)

Wahl einer Sekretärin oder eines Sekretärs des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretung

Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen als Sekretärin Frau Yvonne Lindegger und als ihren Stellvertreter Herrn Urs Rölly vor.

Jürg Biese (FDP)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	27
Eingegangene Stimmzettel	27
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	27
Absolutes Mehr	14

Stefan Maissen (FDP)

Gewählt als Sekretärin ist Yvonne Lindegger mit 27 Stimmen und als ihr Stellvertreter Urs Rölly mit ebenfalls 27 Stimmen.

Wahl von zwei Stimmenzählerinnen oder -zählern des Einwohnerrates sowie deren oder dessen Stellvertretungen

Die L20-Fraktion schlägt Ihnen wie bisher Jonas Heeb als Stimmenzähler und Sofia Galbraith als stellvertretende Stimmenzählerin vor.

Larissa Lehner (L20)

Die Mitte/GLP-Fraktion schlägt Ihnen André Fallet als Stimmenzähler und Daniela Luthiger als stellvertretende Stimmenzählerin vor.

Daniela Luthiger (Die Mitte)

Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	27
Eingegangene Stimmzettel	27
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	27
Absolutes Mehr	14

Stefan Maissen (FDP)

Als Stimmenzählende gewählt sind Jonas Heeb und André Fallet mit je 27 Stimmen.

Als Stellvertretende der Stimmenzählenden gewählt sind Sofia Galbraith und Daniela Luthiger mit je 27 Stimmen.

Der Einwohnerratspräsident spricht den drei Musizierenden sowie dem Leiter der Musikschule noch einmal seinen Dank aus und überreicht allen ein Präsent.

Schlusswort

Am Anfang meiner Amtszeit haben wir alle gehofft, dass wir die Pandemie bald überstanden haben und die Welt wieder ruhiger und, im positiven Sinn gemeint, «normaler» wird. Es ist anders gekommen, Sie wissen es alle und ich muss die Ereignisse nicht mehr aufzählen, unter denen wir, die ganze Welt und gewisse Länder ganz extrem, leiden.

Die Ereignisse lehren uns eine gewisse Demut. Ohnmächtig sind wir aber nicht, auch wenn der Einfluss des Einzelnen natürlich klein ist. Besonders wichtig finde ich es darum, dass wir dort Einfluss nehmen, wo wir können, und das ist in erster Linie da, wo wir wohnen und leben. In Horw machen das ganz viele Menschen. Nicht nur Sie im

Einwohnerrat, sondern auch ganze viele Leute in den Quartieren, den Vereinen oder anderswo. In meinem Jahr als Einwohnerratspräsident durfte ich bei vielen Gelegenheiten spannende und engagierte Menschen kennenlernen.

Ich darf sagen: Ich habe in den letzten Monaten Horw auch ein wenig neu kennengelernt. Ein spannendes und auch sehr vielfältiges Horw. Dafür bin ich sehr dankbar. Ich darf auch sagen, dass die Wertschätzung des Einwohnerrates gerne entgegengenommen und die Besuche an Veranstaltungen sehr geschätzt wurden. Umgekehrt habe ich auch versucht, die Horwerinnen und Horwer für die politischen Prozesse zu sensibilisieren. Vieles, was die Gemeinde macht, ist gut überlegt, auch wenn es, wie z. B. bei den Blumenrabatten, nicht immer auf den ersten Blick ersichtlich ist. Ich hoffe sehr, dass ich den Einwohnerrat bei diesen Gelegenheiten gut vertreten habe und auch ein wenig Verständnis für die Herausforderungen der Politik gewinnen konnte.

Zum Schluss möchte ich Ihnen allen im Saal danken. Die Arbeit mit Ihnen hat mir Spass gemacht und Sie haben effizient und fair gearbeitet, auch wenn Sie mich hin und wieder mit dringlichen Vorstössen und Teilüberweisungen und komischen Abstimmungsanträgen gefordert haben. Es ist gut herausgekommen, vor allem auch dank der Gemeindegemeinschafterin Irene Arnold. Ohne ihre kompetente Unterstützung wäre ein Einwohnerratspräsident oder eine Einwohnerratspräsidentin ziemlich aufgeschmissen. Ich möchte mich darum bei Ihnen, Frau Arnold, und Ihrer Crew ganz herzlich mit einem kleinen Präsent bedanken.

Danksagungen

Die Fraktionen danken Stefan Maissen für die gute Ratsführung während seinem Präsidialjahr 2021/22 und überreichen ein Präsent.

Gemeindepräsident Ruedi Burkard dankt Stefan Maissen für sein Engagement als Einwohnerratspräsident im vergangenen Amtsjahr und überreicht ein Präsent.

Stefan Maissen
Einwohnerratspräsident

Heike Sommer
Protokollführerin

Versand: 22. Juli 2022